

BERLIN HAT GEWÄHLT

DIE ERGEBNISSE DER ABGEORDNETENHAUSWAHL IN BERLIN AM 18. SEPTEMBER 2016

Wahlbericht und erste Analyse von Benjamin-Immanuel Hoff und Alexander Fischer

INHALTSVERZEICHNIS

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses	2
___I.1. Die Wahlbeteiligung / Listen- und Direktmandate	2
___I.2. Künftige Zusammensetzung des Bundesrates	3
II. Das Parteiensystem Berlins nach der AGH-Wahl 2016	5
___II.1. Der Vorwahlkampf 2016 und die politische Grundstimmung in der Stadt	5
___II.2. Fragiler gewordene Mitte-Links-Mehrheit in der Hauptstadt Berlin	6
___II.3. SPD: Erschöpfte Regierender Bürgermeisterpartei	8
___II.4. CDU - Anhaltender Sinkflug	10
___II.5. GRÜNE - Großstadtpartei mit kurzer Berliner Regierungserfahrung	12
___II.6. DIE LINKE – Berappelt und erneut auf Regierungskurs	13
___II.7. Piratenpartei - from dawn till dusk	15
___II.8. AfD - Konkurrenz für die Union und elektoraler Klotz am Bein der Linken	16
___II.9. FDP – notorisches Stehaufmännchen in Zeiten schwächelnder CDU	18
III. Das Parteien- und Wahlsystem in Berlin	19
___III.1. Das Parteiensystem in Berlin bis zur Abgeordnetenhauswahl 2016	19
___III.2. Das Wahlsystem Berlins	22
___III.3. Die Berliner Verwaltung / Zusammensetzung der Bezirksämter	23
IV. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	23
___IV.1. Die Parteien im Spiegel der «Sonntagsfragen»	23
___IV.2. Zufriedenheit mit der Landesregierung und Spitzenpolitikern	25
___IV.3. Wechselstimmung / Koalitionspräferenzen	27
___IV.4. Flüchtlingspolitik	27
___IV.5. Bildungspolitik	29
___IV.6. Tourismuspolitik	30
___IV.7. Verkehrspolitik	30
___IV.8. Filz und Korruption	31
V. Erste Analyse der Wahlergebnisse	31
___V.1. Die Wähler/-innenwanderung	31
___V.2. Wer wählte wen?	32
Wahlbericht / Die Autoren / Vorbehalt	33

I ZUSAMMENFASSUNG DES WAHLERGEBNISSES

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18.09.2016

Einheit	Wahlbeteilig.	Zweitstimmenanteile AGH-Wahl 2016						
		SPD	CDU	GRÜ	LIN	Piraten	FDP	AfD
%	66,9	21,6	17,6	15,2	15,6	1,7	6,7	14,2
Sitze	160	38	31	27	27	-	12	25
Zweitstimmenanteile AGH-Wahl 2011								
%	60,2	28,3	23,4	17,6	11,7	8,9	1,8	-
Sitze	152	48	39	30	20	15	-	-
Veränderungen 2016 zu 2011								
%	6,7	-6,7	-5,7	-2,4	3,9	-7,2	4,9	14,2
Sitze	8	-10	-8	-3	7	-15	12	25

Vorläufiges Endergebnis

I.1. Die Wahlbeteiligung / Listen- und Direktmandate

Rund eine Woche vor der Wahl waren nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen noch 41% der befragten Berliner Wahlberechtigten unsicher, ob und wen sie wählen würden.¹

Das neugewählte Abgeordnetenhaus wird nach dem vorläufigen Ergebnis aus 160 Abgeordneten bestehen. Eine Koalition benötigt damit eine Mindestzahl von 81 Mandaten zur Mehrheitssicherung.

Bei den Erststimmen (Direktmandate) gab es erhebliche Veränderungen. Die AfD erringt fünf Mandate, die CDU kann erstmals in Marzahn-Hellersdorf zwei Mandate erringen. Regina Kittler (DIE LINKE) verliert ihr Direktmandat mit einer Differenz von 22 Stimmen an den CDU-Herausforderer.

Tabelle: Abschneiden der Parteien in Berlin hinsichtlich Direkt- und Listenmandaten seit 1999

	SPD		CDU		GRÜ		LIN		PIR		FDP		AfD	
	DM	LM	DM	LM	DM	LM	DM	LM	DM	LM	DM	LM	DM	LM
2016	28	10	21	10	12	15	12	15	-	-	0	12	5	20
2011	35	13	25	14	11	10	7	13	0	15	-	-	-	-
2006	40	13	19	18	5	18	14	9	-	-	-	13	-	-
2001	26	18	19	16	1	13	32	1	-	-	-	15	-	-
1999	-	42	46	30	2	16	30	3	-	-	-	-	-	-

Eigene Zusammenstellung / DM = Direktmandate; LM = Listenmandate

¹ http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/PB-Extra_Berlin/

I.2. Künftige Zusammensetzung des Bundesrates

Der Bundesrat umfasst 69 Mitglieder, bestehend aus entsandten Mitgliedern der Landesregierungen. Für eine Mehrheit sind 35 Stimmen erforderlich. Die Fragmentierung des Parteiensystems und der Regierungsbündnisse, die zwischenzeitlich 9 unterschiedliche Regierungsvarianten mit unterschiedlicher Federführung bei 7 beteiligten Parteien in den 16 Ländern hervorgebracht hat, wirkt sich auf die Mehrheitsbildung und Verhandlungsführung im Bundesrat aus.

Tabelle: Künftige Zusammensetzung des Bundesrates bis zur Wahl im Saarland, März 2017

	CSU	GroKo	CDU + Grüne	Kenia	Ampel	SPD + Grüne	SPD + Linke	Dänen- Ampel	R2G
BY	6								
BW			6						
BE									4
BB							4		
HB						3			
HH						3			
HE			5						
MV		3							
NI						6			
NW						6			
RP					4				
SL		3							
SN		4							
ST				4					
SH								4	
TH									4
	6	10	11	4	4	18	4	4	4-8

Eigene Darstellung

Die Große Koalition im Bund kann künftig – von einer Fortsetzung der rot-schwarzen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern – insgesamt 16 Stimmen auf sich vereinigen.

Die Union ist derzeit in 8 Ländern an der Regierung beteiligt. Durch das Ausscheiden aus dem Berliner Senat reduziert sich die Zahl der Regierungsbeteiligungen auf 7, während DIE LINKE ihre Regierungsbeteiligungen durch ein Bündnis in Berlin auf drei erhöhen könnte.

Die Grünen sind mit 6 Regierungsbündnisvarianten in künftig 10 der 16 Länder vertreten, die FDP ist über die Ampel-Koalition in Rheinland-Pfalz an einer Regierung beteiligt. Der SSW ist als allein in Schleswig-Holstein wählbare Partei nur dort in der Regierung vertreten.

Nimmt man eine grobe Lagereinteilung vor, würde Mitte-Links, bestehend aus rot-grünen, rot-roten Ländern zuzüglich r2g und Dänen-Ampel künftig 34 Stimmen auf sich vereinigen und damit keine Mehrheit im Bundesrat stellen, da dafür ein rot-rotes Bündnis in Mecklenburg-Vorpommern erforderlich gewesen wäre.

Grundsätzlich dürfte auf den Bundesrat jedoch zutreffen, was Albert Funk nach den Märzahlen im Tagesspiegel formulierte: „Eine irgendwie geartete Mehrheit gibt es (...) nicht mehr, was bedeutet, dass der Bundesrat zu einem schwierigen Terrain geworden ist. Es muss jetzt noch mehr koordiniert und vorbesprochen und abgewogen werden.“²

Funk zieht zutreffend zwei Schlussfolgerungen für die Entscheidungsmechanismen im föderalen Bundesstaat:

Zum einen wird der Bundesrat sukzessive durch die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) als

² <http://www.tagesspiegel.de/politik/landtagswahlen-mit-folgen-wie-winfried-kretschmann-bei-den-schwarzen-landete/13588762.html>

Entscheidungsgremium verdrängt und zwar durch die regelmäßigen Treffen der MPK mit der Kanzlerin und der Bundesregierung. Diese Gipfel im Kanzleramt haben im Kontext der Bewältigung des Flüchtlingszustroms aber auch bei der Festlegung von wesentlichen Verteilungen von Finanzströmen wesentliche Entscheidungen getroffen.

Damit geht zum anderen eine Beschneidung parlamentarischer Entscheidungskompetenz des Deutschen Bundestages einher, denn der Vermittlungsausschuss als föderales Konfliktlösungsgremium von Bundesrat und Bundestag erfüllt derzeit – wie bei der Erbschaftssteuer – eine Ersatzfunktion, wenn das betreffende Problem nicht anderweitig gelöst werden kann und hat seit 2013 weniger als fünfmal getagt.

Ob dieser Zustand anhält, ist angesichts der fluiden Stimmenverteilungen und Mehrheitsbildungen nicht vorauszusehen.

II DAS PARTEIENSYSTEM BERLINS NACH DER AGH-WAHL 2016

II.1. Der Vorwahlkampf 2016 und die politische Grundstimmung in der Stadt

Das Ergebnis der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (AGH) und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) ist zum einen das Resultat landesspezifischer Entwicklungen, zum anderen aber ein weiterer Beleg dafür, dass sich in der Bundesrepublik eine tendenzielle Neuordnung des politischen Feldes und des Parteiensystems vollzieht, die eine Neujustierung der Binnenverhältnisse unter den Parteien nach sich ziehen wird.

Der Berliner Wahlkampf war in der Vorwahlkampfphase eindeutig von landespolitischen Themen dominiert. Die in Umfragen manifeste und seitdem auf hohem Niveau verharrende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Arbeit des Senats korrespondierte mit einer beinahe ausschließlich negativen Berichterstattung in den Medien über die Arbeit des Senats (Stichwort: "Failed City") und einer Stadtgesellschaft, die in der Öffentlichkeit und den sozialen Medien ihre Unzufriedenheit mit den Zuständen in der Stadt und den wachsenden Zumutungen für ihre Bewohnerinnen und Bewohner artikulierte, insbesondere:

- Anhaltende Probleme bei der Flüchtlingsunterbringung in den Jahren 2014/2015
- Verkehrsprobleme, vor allem bei der Berliner S-Bahn,
- Terminchaos in den Bürgerämtern,
- Mietenentwicklung und Gentrifizierung,
- Unregulierter Tourismus,
- Unsensibler Umgang mit Events im Stadtgebiet,
- Über die gesamte Wahlperiode hinweg bestehende Unsicherheit, ob und wann der Berliner Flughafen BER fertiggestellt wird etc.

Hinzu kam, dass es der Koalition aus SPD und CDU über den Zeitraum der vergangenen Wahlperiode nicht gelungen war, Vertrauen in die Fähigkeit zu erzeugen, gemeinsam Probleme zu lösen. Die Koalition war als Notlösung gebildet worden, da SPD und Linkspartei keine Regierungsmehrheit mehr auf sich vereinigen konnten und die Sondierungsgespräche zwischen SPD und Grünen zum wiederholten Male nicht erfolgreich waren.

Insbesondere bei der Unterbringung von Flüchtlingen, symbolisiert an der dramatischen Rolle des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGeSo), zeigten sich die Unterschiede zwischen SPD und CDU in besonders starker Weise. Der christdemokratische Sozialsenator Mario Czaja hatte die Probleme zu lange unterschätzt, im LAGeSo bestanden veritable Steuerungsprobleme und ein zwingend notwendiges ressortübergreifendes Handeln war lange Zeit nicht zu erkennen. Der Sozialsenator wurde jedoch nicht nur von seiner eigenen Partei im Stich gelassen, die – wie Czaja selbst – dem Thema so lange zu wenig Bedeutung zugemessen hatte, bis die Probleme überhandnahmen und den Senat in eine Legitimitätskrise stürzten, da die deutliche Mehrheit der Stadt eine humane Flüchtlingskrise erwartete. Doch auch die SPD, die immerhin die Integrationsministerin stellte, entzog sich der Verantwortung und ließ seitens des Regierenden Bürgermeisters keine Führungsfähigkeit erkennen. Diese wurde letztlich auf dem Rücken des LAGeSo-Präsidenten, der die Rolle des Bauernopfers zugeschrieben bekam, und in Form einer Distanzierung vom Koalitionspartner und Problemabwälzung zu dessen Lasten, wieder hergestellt.

Die von Anbeginn der rot-schwarzen Koalition schwelenden und seit dem vergangenen Jahr nur noch öffentlichen Streitereien in der Koalition eskalierten im ersten Halbjahr 2016 vollends und wurden zudem zunehmend personalisiert und durch gezielte Indiskretion aus Behörden und Regierungsparteien heraus als Auseinandersetzungen um das Fehlverhalten einzelner Akteur/innen geführt. So die Auseinandersetzungen um den Regierenden Bürgermeister, den Sozialsenator, den Innensenator, den Bausenator, den Chef der Senatskanzlei und die Regierungssprecherin.

Die Artikel in bundesweiten Zeitungen über eine Stadt, die ihre Chancen verspielt, füllen Regale, und in jeder Satireshow garantiert ein Beitrag über Berlin Lacher – außer in der Stadt selbst, in der dieses Image als nervend empfunden wird.

Das in der politischen Öffentlichkeit gezeichnete Bild von Berlin war und ist das von einer wachsenden und für Zuziehende aus aller Welt attraktiven Stadt, die aber schlecht regiert wird, deren Bürgerinnen und Bürger mit wachsenden Alltagszumutungen zu kämpfen haben, während es kaum Aussicht auf eine Veränderung zum Besseren gibt.

Dass in Berlin viel gebaut werden würde, aber nicht da, wo es am nötigsten sei, meinten 70% der von Infratest dimap Befragten Wahlberechtigten Berlins. Fast ebenso viele (69%) waren der Meinung, dass die Stadt eine unfähige Verwaltung habe. Dies dürfte ziemlich einmalig für eine Stadt dieser Größenordnung sein. Eine Herausforderung jeder neuen Konstellation wird darin bestehen, dass 61% der Auffassung sind, dass egal wer regiert, keine Partei die Probleme in den Griff bekommen würde.

Gleichzeitig hat sich – trotz dieser Bewertungen – an der Zufriedenheit mit dem jeweils regierenden Senat nichts geändert. Ob Große Koalition 1999 (Zufriedenheit: 33%), rot-grüne Minderheitsregierung 2001 (41%), rot-roter Senat 2006 und 2011 (38%) oder nun erneut Große Koalition (36%) die große Mehrheit der Stadtbewohner/-innen mit ihrer Landesregierung sieht ihren jeweiligen Senat kritisch.

War das Label „arm aber sexy“ zu Zeiten von Klaus Wowereit noch Ausdruck eines trotzigen Selbstbewusstseins einer von sozialen Verwerfungen und finanzieller Not gebeutelten Hauptstadtgesellschaft, so wird es heute nach wie vor als Ausdruck eines städtischen Lebensgefühls zitiert, erzählt aber immer auch die Geschichte vom Berlin des Jahres 2016, dessen Bürgerinnen und Bürger an ihrer Stadt leiden, weil sie in den für ihre Lebensführung zentralen Bereichen fortgesetzt versagt.

Die wirtschaftliche Lage schätzen die Berliner/-innen – einem bundesweiten Trend folgend – in den vergangenen Jahren zunehmend besser ein. Bewerteten 1999 noch 77% der von Infratest dimap Befragten die wirtschaftliche Lage als schlecht (gut: 22%) ein und nahm die negative Bewertung bei den Wahlen 2001 (schlecht: 86%, gut: 13%) und 2006 (schlecht: 85%, gut: 14%) noch zu, sank die negative Bewertung bei der Wahl 2011 auf 62% zu 37% positive Bewertung ab und drehte sich zwischenzeitlich um. Nunmehr sehen 62% der befragten positiv in die wirtschaftliche Zukunft und 36% sehen diese pessimistisch.

Die persönliche wirtschaftliche Situation bewerteten 80% der Befragten als gut, nur 19% sahen diese als schlecht an. Gleichzeitig waren nur 41% der Befragten der Auffassung, dass sie von der künftigen Entwicklung Berlins profitieren würden, während mehr als die Hälfte (55%) dies verneinten.

Die bundesweit in dieser Form einmalige Konstellation im Parteiensystem mit zwei (ehemaligen) Volksparteien im Umfeld der 20-Prozent-Marke und gleich drei Verfolger-Parteien, die allesamt im mittleren Bereich zwischen 10 und 20 Prozent liegen, ist neben historisch erklärbaren Besonderheiten vor allem auf dieses synchrone Versagen von SPD und Union in Regierungsverantwortung zurück zu führen.

Gleichwohl war der Berliner Wahlkampf, je näher der Wahltermin rückte, in wachsendem Maß auch eine von bundespolitischen Themen und Polarisierungen geprägte Auseinandersetzung. Auch die Auswirkungen des Ergebnisses werden am Ende landes- und bundespolitischer Natur sein. Im Wahlkampf der Parteien und ihren Ergebnissen auch bundesweite Entwicklungen, die auch Fingerzeige für das Wahljahr 2017 darstellen.

Die wahlentscheidenden Themen lauteten:

- soziale Gerechtigkeit (West: 50%, Ost: 53%)
- Wirtschaft und Arbeit (West: 31%, Ost: 29%)
- Schule und Bildung (West: 26%, Ost: 23%)
- Flüchtlinge (West: 24%, Ost: 25%)
- Mieten und Wohnungsbau (West: 18%, Ost: 17%).

II.2. Fragiler gewordene Mitte-Links-Mehrheit in der Hauptstadt Berlin

Das wichtigste Ergebnis dieser Wahlnacht ist, dass die Koalition aus SPD und CDU in Berlin abgewählt ist. Berlin erhält nach fünf Jahren „großer“ Koalition erneut eine Mitte-Links-Regierung.

Nach der kurzen Amtszeit der rot-grünen Minderheitsregierung 2001 nach dem Sturz Diepgens durch konstruktives Misstrauensvotum, die von der damaligen PDS mehrheitssichernd toleriert wurde und bis zur Bildung des ersten rot-roten Senats amtierte, wird die nächste Berliner Regierungskoalition aller Voraussicht nach das zweite Mal eine Zusammenarbeit der drei Parteien zur Folge haben.

Zusammen haben die drei Parteien bereits seit 1990 bei allen Berliner Wahlen eine politische Mehrheit, die jedoch ungenutzt blieb. Bei den Abgeordnetenhauswahlen 2016 erhielten sie nun etwas über Prozent der gültigen Zweitstimmen, und damit einen Stimmenanteil, der unter dem der Wahlen von 2001 (61,4), 2006 (57,3) und 2011 (57,6) liegt, aber immer noch deutlich über dem Quorum für die Bildung einer stabilen parlamentarischen Regierungsmehrheit.

Die Hauptstadt hat wie in der Vergangenheit Mitte-links gewählt – ohne jedoch damit ein rot-rot-grünes Projekt zu formulieren. Besser regiert zu werden als bisher – mehr wird nicht erwartet, egal wie groß die Ankündigungen im Wahlkampf ausfielen in Bezug auf die Zahl neu zu bauender Mietwohnungen, einzustellender Beschäftigter im öffentlichen Dienst u.a..

Vergleicht man die summierten Zweitstimmenanteile der drei Parteien diesseits der Union bei den jeweils letzten Wahlen im Bund und den Ländern, dann kristallisiert sich schnell heraus, dass Berlin im Trend der Metropolenräume im Norden der Bundesrepublik liegt.

Tabelle: Mitte-Links-Mehrheiten und –Regierungen im Bund und in den Ländern

Land	Letzte Wahl	SPD	Grüne	SSW	LINKE	#R2G+	Mitte-Links-Mehrheit im Parlament	Mitte-Links-Regierung
SL	Mrz 12	30,6	5		16,1	51,7	+	-
NW	Mai 12	39,1	11,3		2,5	52,9	+	+
SH	Mai 12	30,4	13,2	4,6	2,3	50,5	+	+
NI	Jan 13	32,6	13,7		3,1	49,4	+	+
HE	Sep 13	30,7	11,1		5,2	47	+	-
BY	Sep 13	20,6	8,6		2,1	31,3	-	-
BUND	Sep 13	25,7	8,4		8,6	42,7	+	-
BB	Sep 14	31,9	6,2		18,6	56,7	+	+
SN	Sep 14	12,4	5,7		18,9	37	-	-
TH	Sep 14	12,4	5,7		28,2	46,3	+	+
HH	Feb 15	45,6	12,3		8,5	66,4	+	+
HB	Mai 15	32,8	15,1		9,5	57,4	+	+
BW	Mrz 16	12,7	30,3		2,9	45,9	-	-
ST	Mrz 16	10,6	5,2		16,3	32,1	-	-
RP	Mrz 16	36,2	5,3		2,8	44,3	-	-
MV	Sep 16	30,6	4,8		13,2	48,6	+	-
BE	Sep 16	23	15		14,5	52,5	+	Offen

Eigene Darstellung

Gleichwohl müssen sich die drei Parteien, die nun voraussichtlich einen neuen Senat bilden werden, auch dem Fakt stellen, dass das Mitte-Links-Lager bei den Abgeordnetenhauswahlen 2016 insgesamt deutlicher Stimmen gewinnen konnte als noch zur Jahrtausendwende.

Berlin ist die Mitte-Links-Hauptstadt, aber es gibt keinen Anlass dafür, zu glauben, SPD, LINKE und Grüne hätten in dieser Stadt zusammen quasi natürlich eine parlamentarische Mehrheit.

Berlin hat den sich in den vergangenen Wahlen seit der Bundestagswahl 2013 abzeichnenden Verschiebung der politischen Mehrheiten in Deutschland nach Mitte-Rechts trotz eines zweistelligen Ergebnisses für die AfD (der aber durch Verluste für die CDU und andere Rechtsparteien zum Teil kompensiert wird) nicht in vollem Umfang nachvollzogen. Man könnte von einer Resilienz der Metropolenräume gegenüber Mitte-Rechts sprechen.

Rot-Rot-Grün geht mit guten Ausgangsbedingungen an den Start. Viele werden in einer Stadt, die mehrheitlich progressiv denkt und fühlt, die „links tickt“, wie LINKE-Spitzenkandidat Klaus Lederer zuspitzte, aufgeschlossen auf einen Mitte-Links-Senat reagieren. Viele Medien werden eine schon jetzt durchscheinende Lesart übernehmen, dass Rot-Rot-Grün eben auch irgendwie zu dieser Stadt passt.

Zu erwarten ist, dass die wahrscheinlichen Koalitionspartner jede bundespolitische Implikation des Wahlergebnisses von sich weisen werden. Daran wird insbesondere die gerupfte SPD ein Interesse haben. Der Fokus wird auf der Bildung des Senats und der Koalitionsvereinbarung liegen, mit dem die Probleme der Stadt in den Blick genommen werden.

Dies ist sinnvoll, denn

- die Wahlkämpfe und Strategien der Parteien im Verhältnis zu ihren Ergebnissen,
- der mit dem Regierungswechsel absehbare Erwartungsdruck aus der Stadtgesellschaft,
- die bekannten Schwierigkeiten im Binnenverhältnis der Parteien sowie
- eine parlamentarische Opposition, die aus einer traumatisierten und traditionell rechtslastigen Hauptstadt-CDU, einer AfD mit immer deutlicher ausgeprägten Zügen einer rechtsradikalen Sammlungsbewegung und der in Berlin immer noch marginalen FDP besteht,

stellen Herausforderungen dar, die #R2G nur mit kluger und strategisch angelegter Politik, spürbarer Verbesserung der Regierungsarbeit und Tätigkeit der Stadtverwaltung sowie in der Binnen- und Außenkommunikation neutralisieren kann.

Dergestalt kann R2G in der Berlin bis zur Bundestagswahl dazu beitragen, positive Signale im Hinblick auf eine solche Konstellation zu setzen. Eine natürliche Hegemonie hat R2G jedoch. Es ist eine fragiler gewordene politische Mehrheit, die die drei Parteien auf sich vereinigen. Ob daraus Hegemonie im eigentlichen Sinne wird, kann sich nur in der Arbeit der künftigen Koalition erweisen, wenn sie tatsächlich zustande kommt, wofür viel spricht.

II.3. SPD: Erschöpfte Regierender Bürgermeisterpartei

Die seit 1990 dauerregierende Hauptstadt-SPD gehört zu den Verliererinnen dieser Wahl. Sie ist – nachdem sie unter Klaus Wowereit Werte zwischen 28 und 30 Prozentpunkte erreichte – wieder auf das Niveau Mitte bis Ende der 1990er Jahre zurückgefallen (1995: 23,6%; 1999: 22,4%). Diese Wahlen galten als Tiefpunkte im historischen Gedächtnis der Berliner SPD und Höhepunkte der CDU unter dem damaligen Regierenden Bürgermeister Erhard Diepgen (CDU).

In diesen Wahlkampf ging die SPD deshalb mit einer sowohl mutigen, weil offensiven als auch gewagten Strategie. Aus der zutreffenden Analyse, dass mit einer Thematisierung von landespolitischen Themen für sie kein Mehrwert zu ziehen war und der Erkenntnis der vergangenen Wahlen, dass der Persönlichkeitsfaktor des Amtsinhabers an Bedeutung für die stärkste Regierungspartei zunimmt, zog sie unter der Regie des renommierten Kampagnen-Managers Frank Stauss – der bereits für die SPD in Rheinland-Pfalz die Aufholjagd von Malu Dreyer konzipiert hatte – die Konsequenz, eine auf den Regierenden Bürgermeister Michael Müller zugeschnittene, Kampagne umzusetzen.

In wachsender Abgrenzung zum Koalitionspartner CDU, die zuletzt von Stauss gar als „Stahlhelm-CDU“ betitelt wurde, arbeitete die Kampagne am Bild von einer kulturell vielfältigen und gut gelaunten Metropole, die zuletzt immer stärker auf die Botschaft „Gegen rechts – SPD wählen“ setzte und mit einem erheblichen Werbedruck in die Stadt getragen wurde.

Man darf den Kampagnenansatz getrost als gescheitert bezeichnen, auch wenn die Frage nach einer gangbaren Alternative seitens der SPD und nicht die Autoren dieser Wahlanalyse beantwortet werden

muss. Doch die inhärenten und im Erzählverlauf auftauchenden Widersprüche im Narrativ von einem bedrohten Hauptstadtparadies, das von der SPD mit einem gutmütig-gewöhnlichen Bürgermeister an der Spitze verteidigt wird, waren zu stark, um am Ende die Stadtgesellschaft in einem für die Partei des Amtsinhabers an der Regierungsspitze angemessenen Maß zu mobilisieren.

Tabelle: Ansichten über die SPD-Berlin (alle Wähler/-innen)

Man weiß im Moment nicht, wofür sie inhaltlich steht	61%
Hat in schwierigen Zeiten Berlin vorangebracht	58%
Hat gute Ideen für die Entwicklung Berlins	50%
Hat in den letzten Monaten zu oft die Positionen gewechselt	49%

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Ansichten über die SPD-Berlin (Wähler/-innen der SPD)

Hat gute Ideen für die Entwicklung Berlins	80%
Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	77%
Michael Müller ist der richtige Mann, um Berlin zu repräsentieren	72%
Hat es in der Regierung nicht geschafft, die wirklichen Probleme anzupacken	37%
Man weiß im Moment nicht, wofür sie inhaltlich steht	33%

Quelle: Infratest dimap

Handwerkliche Kommunikationsfehler sowie schlecht bearbeitete und kommunizierte Skandale insbesondere um den SPD-Bausenator Geisel und dessen Verwaltung (Mauscheleien mit Investoren, Abweisung von Bewerbern zu Mieterbeiräten und Instrumentalisierung städtischer Wohnungsgesellschaften zu Image-Zwecken) rundeten das Bild einer ambitioniert gedachten Kampagne ab, die in der Umsetzung an der Realität einer SPD scheiterte, von der viele meinen, dass sie seit Jahren als Partei des Regierenden Bürgermeisters erschöpft ist, wenig ambitioniert und zu der es dennoch keine Alternative gibt – da auch die Grünen als Regierende Bürgermeisterin-Partei nicht zur Verfügung standen. Zu wenig bekannt war die Spitzenkandidatin Ramona Pop, die anders als vormals Renate Künast, getragen auf der grünen Sympathiewelle des Jahres 2011, nicht in der Lage sein konnte, den ernsthaften Eindruck zu erwecken, sie könne die Nachfolgerin von Michael Müller sein.

Infratest dimap zeigt, dass zwar die Hälfte der Befragten Wähler/-innen der Auffassung waren, dass die SPD gute Ideen für die Zukunft Berlins habe – davon waren sogar 80% der SPD-Wähler/-innen überzeugt – aber knapp zwei Drittel aller Wähler/-innen (61%) und ein Drittel der SPD-Wähler/-innen waren der Überzeugung, dass man derzeit nicht wisse, wofür die Partei inhaltlich stehen würde. Mehr als ein Drittel der SPD-Wähler/-innen (37%) war der Meinung, dass die Partei es in der Regierung nicht geschafft habe, die wirklichen Probleme anzupacken.

Die Kompetenzwerte der SPD gestalten sich ambivalent. Im Feld Soziale Gerechtigkeit büßt sie nach Daten von Infratest dimap 8 Prozentpunkte gegenüber 2011 ein und kommt nur noch auf einen Wert von 31%, wobei sie damit auch gegenüber der Partei DIE LINKE noch führt. In der Familienpolitik sinkt sie um 4% auf 31% ab, steigt jedoch in der Wohnungspolitik um 1 Prozentpunkt auf 31%. DIE LINKE liegt hier bei 26% und hat um 5 Prozentpunkte zugelegt. In der Arbeitsmarktpolitik steigt die Kompetenzzuschreibung für die SPD um 3 Prozentpunkte auf nunmehr 35% im Vergleich zu 2011.

Gleichwohl bietet der kurzfristig nicht allzu erfolgreiche Kampagnenansatz in mittelfristiger Hinsicht Potenziale für eine Revitalisierung der Hauptstadt-SPD, weil die Bildung eines rot-rot-grünen Senats oberflächlich wie die folgerichtige Konsequenz aus der im Wahlkampf verfolgten Strategie wirkt.

Ob die SPD diese Potenziale nutzen kann, wird sehr davon abhängen, ob sie den Eintritt in einen neuen Senat nicht einfach als Wechsel der Koalitionspartner verwaltet, sondern als Einstieg in eine neue Politik und vor allem eine neue politische Kultur gestaltet – kurzum die Kraft besitzt, sich wie 2001 neu zu erfinden.

II.4. CDU - Anhaltender Sinkflug

Die Hauptstadt-CDU setzt bei den Abgeordnetenhauswahlen 2016 ihren Sinkflug fort, erreicht erstmals in ihrer Berliner Geschichte ein Ergebnis von weniger als 20 Prozentpunkten und damit einen neuen Tiefpunkt ihrer an Niederlagen seit der Abwahl Diepgens im Wege eines konstruktiven Misstrauensvotums von SPD, Grünen und PDS im Jahre 2001.

Die Gründe für das miserable Abschneiden der Hauptstadt-CDU sind ebenso landespolitisch hausgemacht wie bundespolitischer Natur.

Rechnerisch hatten SPD, Grüne und PDS/DIE LINKE spätestens seit der Abgeordnetenhauswahl 1995 eine komfortable Mehrheit. Dass die CDU in dieser Zeit nicht nur den Regierenden Bürgermeister stellte, sondern auch den Eindruck erwecken konnte, dass sie die authentische Repräsentantin der Hauptstadt sei, lag an der damals noch bestehenden Abgrenzung gegenüber der PDS, die eine Zusammenarbeit mit ihr und somit politische Mehrheiten jenseits der CDU undenkbar erscheinen und insbesondere die SPD in Abhängigkeit zur CDU geraten ließ.

Erst Klaus Wowereit hatte die Kraft, seine Partei aus der babylonischen Gefangenheit der CDU heraus in die politische Dominanz gegenüber der CDU, die – nachdem 1999 Diepgen ein historisches Ergebnis von mehr als 40% für die CDU erreichte – auf einmal abgewirtschaftet erschien. Von diesem Image hat sie sich seitdem nicht mehr erholt. In Verbindung mit dem schwachen Abschneiden des Spitzenkandidaten 2006, Friedbert Pflüger, wechselnden Fraktionsvorsitzenden und den notorisch starken Bezirksfürsten, mit denen sich jede Führungspersonlichkeit arrangieren muss, stolperte sie 2011 eher in die nunmehr abgewählte Koalition, als dass sie souverän eintrat. Dazu trug der nur elf Tage nach Ernennung bereits notwendig gewordene Rücktritt des Justiz- und Verbraucherschutz-Senators Braun (CDU) ein Übriges bei. Braun hatte als Notar dubiose Immobiliengeschäfte beurkundet und soll – Medienberichten zufolge – bereits vor Amtsübernahme gewusst haben, dass es Beschwerden gegen ihn gab. Sein Versuch, die Geschäfte des Justizsenators fortzuführen und die des Verbraucherschutzsenators – eine Aufgabe, die gerade erst in das Justizressort überführt worden war – ruhen zu lassen, hatte ihm nicht geholfen.

In der Erklärung des Wahlergebnisses werden sich Landesverband und Bundesebene gegenseitig die Verantwortung zuschieben. Es spricht viel dafür, dass sowohl der CDU-Landesverband Berlin unter dem Bürgermeister und Landesvorsitzenden Henkel als auch die Bundespartei mit Kanzlerin und Parteivorsitzender Merkel verloren haben.

Die CDU verfolgte in Berlin sehr viel stärker als die SPD eine auf landespolitische buchstabierte und traditionelle Kompetenzschwerpunkte des bürgerlich-konservativen Lagers fokussierte Wahlkampagne. Der zentrale Begriff der Berliner CDU-Kampagne war – interessanterweise und mit Blick auf demoskopische Befunde auch naheliegend – die Sicherheit.

Seit den 1990er Jahren changiert die Berliner CDU zwischen einem Flügel, der ein modernes und liberales Großstadt-Image anstrebt und einige Zeit vom früheren Finanzsenator Peter Kurth sowie der Kulturstaatsministerin im Kanzleramt, Monika Grütters aber auch dem glücklosen Sozialsenator Czaja repräsentiert wurde und der traditionell konservativen vorrangig West-Berliner CDU, die im aus dem Osten der Stadt stammenden und vor Maueröffnung in den Westen übergesiedelten Innensenator Frank Henkel authentisch vertreten ist.

Innensenator Henkel drückte der Kampagne einen auf Innere Sicherheit setzenden Stempel auf, womit zwar einerseits auf die durchaus vorhandenen Bedrohungsängste vor terroristischen Anschlägen innerhalb der Berliner Bevölkerung reagiert wurde, andererseits aber erneut der Anschluss an diejenigen liberalen Stadtbewohner versäumt wurde, die nun – in der Wahl zwischen CDU, AfD und FDP zu den Liberalen wechselten, die traditionell in Berlin dann starke Ergebnisse einfahren, wenn die CDU am Boden liegt.

Hinzu kam, dass es die CDU nicht vermochte, ein wirksames Gegenmittel zur Strategie ihres Koalitionspartners zu entwickeln, der praktisch alle manifesten Ausdrücke des kollektiven Senatsversagens der CDU und ihren maßgeblichen Akteuren anheftete.

Schwaches und unglücklich agierendes Führungspersonal taten ein Übriges zur unwiderlegbar

historischen Mobilisierungsschwäche der CDU, die sie praktisch auf ihre Hochburgen zusammen schmelzen lässt.

Tabelle: Ansichten über die CDU Berlin (alle Wähler/-innen)

Angela Merkels Flüchtlingspolitik hat der CDU geschadet	69%
Hat kein Gespür für die Sorgen der einfachen Leute	67%
Hat viele Positionen aufgegeben, für die sie früher gekämpft hat	58%
Frank Henkel ist der richtige Mann, um Berlin zu repräsentieren	16%

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Ansichten über die CDU Berlin (Wähler/-innen der CDU)

Versteht am meisten von Wirtschaft	78%
Angela Merkel ist ein wichtiger Grund, die CDU zu wählen	76%
Angela Merkels Flüchtlingspolitik hat der CDU geschadet	66%
Hat viele Positionen aufgegeben, für die sie früher gekämpft hat	50%
Frank Henkel ist der richtige Mann, um Berlin zu repräsentieren	49%

Quelle: Infratest dimap

Verstärkt wurde diese Mobilisierungsschwäche durch die zunehmend prekäre Lage der gesamten Union, die derzeit einem Leck geschlagenen Ballon ähnelt. Dass Angela Merkels Wahlkampfauftritte in Berlin ohne Proteste und sprachliche Pannen kaum Aufsehen erregt hätten, ist dafür ein deutlicher Indikator.

Die CDU ging zwar als Regierungspartei aber aus der Defensive in diesen Wahlkampf und verlor ihn, weil sie weder ein mobilisierendes Thema, Anschlussfähigkeit an die Stimmung in den Teilen der Stadt, die nicht Mitte-Links wählen und weder gegenüber der AfD noch gegenüber der FDP ein inhaltlich tragfähiges Alleinstellungsmerkmal aufbieten konnte. Dass sie zudem nicht über ein mobilisierendes Personalangebot verfügte, obwohl auch die anderen Parteien unbestreitbar Landesliga spielten – fiel dann nicht mehr ins Gewicht.

Die Erkenntnisse von Infratest dimap unterstreichen diese Analyse. Jeweils mehr als zwei Drittel der befragten Wähler/-innen insgesamt (69%) und der CDU-Wähler/-innen (66%) meinen, dass Angela Merkels Flüchtlingspolitik der CDU geschadet hätte. In die gleiche Richtung gehen dürfte die zu 67% von allen Wähler/-innen geteilte Auffassung, dass die CDU kein Gespür mehr hätte für die Sorgen der kleinen Leute bzw. viele Positionen aufgegeben hätte, für die sie früher gekämpft habe (58%).

Obwohl die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin auch bei den CDU-Wähler/-innen in großer Mehrheit als schädlich für die Partei angesehen wurde, waren gleichzeitig von den CDU-Wähler/-innen mehr als drei Viertel (76%) der Meinung, dass die Kanzlerin ein wichtiger Grund sei, für die CDU zu stimmen. Dies sind übrigens 27% mehr als derjenigen CDU-Wähler/-innen, die nicht einmal zur Hälfte (49%) der Auffassung waren, dass Frank Henkel der richtige Mann sei, um Berlin zu repräsentieren. Von allen Wähler/-innen meinten dies im Übrigen nur 16%.

In den Kompetenzwerten hat die CDU auf den Feldern Wirtschaft (32%; -2% zu 2011), Kriminalitätsbekämpfung (32%; -5%), Arbeitsmarktpolitik (23%; -4%) und Bildungspolitik (18%; -4%) jeweils an Kompetenzzuschreibung in den Augen der von Infratest dimap Befragten verloren.

Auf die Berliner CDU warten nun mindestens fünf Jahre Opposition. Sie geht in eine für sie bereits gewohnte und dennoch unnatürlich empfundene Rolle als Nichtregierungspartei. Für die Hauptstadt-CDU wird nun viel darauf ankommen, ob es ihr gelingt, sich von einer zunehmend rechtsradikalen AfD abzugrenzen und bürgerlich-konservative Politik neu zu definieren, bei einer FDP-Fraktion in der Opposition, die sich die liberalen Themen nicht wegnehmen lassen wollen wird.

Sozialsenator Czaja, der mit 47,2% souverän seinen Wahlkreis im bürgerlichen Siedlungsgebiet des Bezirks Marzahn-Hellersdorf verteidigte und ggf. das beste Wahlkreisergebnis in ganz Berlin erreichte, wird im Fall

der Fälle für weitere Führungsaufgaben in der Berliner CDU zur Verfügung stehen. In Marzahn-Hellersdorf gelang Czajas langjährigem Parteifreund Christian Gräff, vormaliger Abgeordneter und die vergangenen fünf Jahre Stadtrat (Dezernent) in Marzahn-Hellersdorf erstmals ein zweites CDU-Mandat, denkbar knapp mit 0,1% Vorsprung der linken Abgeordneten abzunehmen. Nicht unwichtig für Czaja, der nun nachweisen kann, wie man im Osten auch als CDU gewinnt.

Wie schwierig die nächsten Monate für die Union sein werden, zeigt die Thüringer CDU seit ihrem Machtverlust vor zwei Jahren, obwohl sie aus einer deutlich komfortableren Situation heraus und ohne FDP-Konkurrenz agiert.

Anzunehmen ist, dass die CDU in den nächsten Wochen innerparteiliche Konflikte austragen wird, die sie lähmen werden – selbst wenn diese Konflikte im Windschatten der zu erwartenden rot-grün-roten Senatsbildung stattfinden.

II.5. GRÜNE - Großstadtpartei mit kurzer Berliner Regierungserfahrung

Die Berliner Grünen traten mit einer einzigen wahrnehmbaren akzentuierten Botschaft im Wahlkampf an. Sie wollten nach ihren zwei kurzen Regierungsepisoden vor 27 und 15 Jahren erstmals wieder in einem Berliner Senat mitregieren. Dieses Wahlziel ist nach Lage der Dinge erreicht worden. Obwohl die Grünen einen prozentualen Verlust vergegenwärtigen müssen und ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Linkspartei darüber führten, wer drittstärkste Kraft im Abgeordnetenhaus und damit zweitstärkste Kraft in einer möglichen Koalition wird, können auch sie sich als Sieger des Wahlabends fühlen.

Die Grünen gehen mit einem komfortablen Ergebnis in die Option einer Regierungsbeteiligung. Der ganz auf den Charakter einer Catch-all-Party angelegte Wahlkampf versprach nicht viel, worauf die Partei später festgelegt werden könnte, vielmehr setzte die grüne Kampagne auf einen Mix aus Vagheit in den politischen Aussagen und Emotionalisierung in der Bildsprache. Ebenso wie die SPD versuchte die grüne Partei in der Schlussphase des Wahlkampfs mit einer Mobilisierung „gegen rechts“ zu punkten. Der Eindruck, dass die Berliner Grünen bei dieser Wahl vor allem nichts falsch machen wollten und (in bezirklich durchaus unterschiedlicher Ausprägung) vor allem auf ihr kulturelles Kapital setzen, wird dadurch verstärkt, dass sie bei dieser Wahl im Wesentlichen ihre zwischenzeitlich seit den 2000er Jahren errungenen innenstädtischen Hochburgen verteidigten.

Tabelle: Ansichten über die GRÜNEN Berlin (alle Wähler/-innen)

Ich fände es gut, wenn sie in Berlin am Senat beteiligt wären	70%
Haben früher als andere wichtige Probleme erkannt	58%
Haben gute Ideen für die Entwicklung Berlins	57%
Sollten sich stärker von der SPD abgrenzen	55%
Finde gut, dass sie als einzige Partei positiv gegenüber Flüchtlingen eingestellt sind	52%

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Ansichten über die GRÜNEN Berlin (Wähler/-innen der GRÜNEN)

Haben früher als andere wichtige Themen erkannt	87%
Finde gut, dass sie als einzige Partei positiv gegenüber Flüchtlingen eingestellt sind	87%
Verstehen besser als andere, was Menschen in der Großstadt wollen	75%
Sollten sich stärker von der SPD abgrenzen	54%

Quelle: Infratest dimap

Von allen Parteien, die theoretisch im künftigen Senat vertreten sein könnten, haben allein die Grünen den Vorteil, dass die negativen Seiten der Stadtentwicklung ihnen aufgrund mangelnder Gelegenheit, als Regierungspartei auf die Entwicklung der vergangenen Jahre Einfluss zu nehmen, nicht zur Last gelegt werden können. Dieses Image, Newcomer im Senat und gleichzeitig seit den frühen 1980er Jahren ununterbrochen im Abgeordnetenhaus von Berlin vertreten zu sein, ist sicherlich einzigartig und wird sich

nicht wiederholen.

Mehr als zwei Drittel (70%) der befragten Wähler/-innen würden es begrüßen, wenn die Grünen im Senat vertreten wären. Mehr als die Hälfte von ihnen (58%) glauben, dass die Grünen früher als andere wichtige Probleme erkannt haben – davon sind die Grünen Wähler/-innen zu 87% überzeugt. Drei Viertel der grünen Wähler/-innen meinen, dass ihre Partei besser als andere verstehe, was Menschen in der Großstadt wollen und 57% der Wähler/-innen insgesamt sind der Auffassung, die Grünen hätten gute Ideen für die Entwicklung Berlins.

Interessanterweise sind mehr als die Hälfte der Wähler/-innen insgesamt (55%) und 54% der grünen Wähler/-innen der Meinung, dass die Grüne Partei sich in Berlin stärker von der SPD abgrenzen solle. Eine durchaus riskante Erwartung, waren doch diese Abgrenzungsbemühungen in den Jahren 2001 und 2011 wesentliche Motoren für die gescheiterten Sondierungen zwischen der Ampel 2001 und rot-grün zehn Jahre später.

Dass die Grünen in Berlin als die Flüchtlings- und Integrationspartei gelten, zeigt sich zumindest darin, dass mehr als die Hälfte (52%) aller befragten Wähler/-innen und wiederum 87% der grünen Wähler/-innen glauben, dass die Grünen als einzige Partei (uneingeschränkt) positiv gegenüber Flüchtlingen eingestellt sei. Anzunehmen, ist, dass die Partei im Senat für dieses Thema die Verantwortung übernehmen möchte. Hinzuweisen ist jedoch darauf, dass der Partei bei den Kompetenzzuschreibungen für Integrationspolitik nur 19% Kompetenz zugestehen und damit 3 Prozentpunkte weniger als im Vergleich zu 2011.

Auch in den anderen Kompetenzwerten hat die Partei laut Infratest dimap im Vergleich zu 2011 abgenommen und zwar in der Umweltpolitik (69%; -9%), bei Familienpolitik (18%; -5%) und der Bildungspolitik (14%; -3%).

Spannend wird für die Partei der Einstieg in einen rot-rot-grünen Senat vor allem deshalb, weil nicht genau erkennbar ist, was sie in genau dieser Konstellation durchsetzen wollen und können. Den Hauptstadt-Grünen fehlt ein Herzens-Projekt. Sie könnten mit derselben Programmatik, Kampagne und personellen Aufstellung auch in eine andere Regierungskonstellation gehen. Diese Tendenz zur Beliebigkeit macht die Grünen auf mittlere Sicht zum schwierigsten Partner in progressiven Regierungskonstellationen, ihre Auflösung könnte für die Grünen in einer unweigerlich kommenden Wiederwahl-Konstellation zu einer vitalen Frage werden, die über Erfolg und Misserfolg bei kommenden Wahlen entscheidet.

II.6. DIE LINKE – Berappelt und erneut auf Regierungskurs

DIE LINKE steht an diesem Wahlabend zum ersten Mal seit über einem Jahr auf der Gewinnerseite. Die letzten großen Wahlerfolge feierte sie in Hamburg und Bremen. Ein Indiz dafür, dass die Partei in den größeren Städten stärker als in den Flächenländern konsolidiert ist, wozu sich die Autoren dieser Wahlanalyse an anderer Stelle bereits äußerten.³

DIE LINKE setzte neben ihren bundes- und landespolitischen Kernthemen vor allem darauf, die Defizite in der politischen Kultur der Hauptstadt und das gestörte Verhältnis zwischen Politik, Hauptstadteliten und Stadtgesellschaft zu thematisieren. Dreh- und Angelpunkt ihrer Kommunikation war – für Wahlkämpfe ungewöhnlich – eine Frage: Wem gehört die Stadt?

Diese Frage wurde im Verlauf der Kampagne in eine Wahlaufforderung für DIE LINKE und die Aufforderung, über die Wahlentscheidung hinaus selbst aktiv zu werden, überführt. Man darf diesen Kampagnenansatz getrost als ambitioniert und riskant, am Ende aber als berechtigt erfolgreich bezeichnen. Der Versuch, Beobachtungen aus den im linken Lager sehr erfolgreichen Kampagnen von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn aus dem angelsächsischen Raum in eine kontinentaleuropäische Wahlkampagne zu übertragen, kann als geglückt gelten. Er korrespondierte mit der Positionierung des Spitzenkandidaten Klaus Lederer als Stimme einer progressiv konnotierten Empörung in der Stadtgesellschaft, die ebenfalls, jedenfalls mit Blick auf das öffentliche Urteil über den Auftritt des linken Spitzenkandidaten, funktionierte.

³ Benjamin Hoff, Alexander Fischer, Hinter Schwerin liegt der Strand, 7.9.2016 (online: <https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/hinter-schwerin-liegt-der-strand>).

Tabelle: Ansichten über DIE LINKE Berlin (alle Wähler/-innen)

Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	58%
Ich fände es gut, wenn sie in Berlin am Senat beteiligt wäre	58%
Kümmert sich um mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt	54%

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Ansichten über DIE LINKE Berlin (Wähler/-innen der LINKEN)

Ich fände es gut, wenn sie in Berlin am Senat beteiligt wäre	98%
Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	97%
Kümmert sich um mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt	90%
Hat gute Ideen für die Entwicklung Berlins	88%
Man weiß genau, wofür sie steht	75%

Quelle: Infratest dimap

Diese Botschaften scheinen angekommen zu sein, wie die Infratest dimap-Zahlen nahelegen. Jeweils mehr als die Hälfte aller befragten Wähler/-innen waren der Überzeugung, dass DIE LINKE sich am stärksten um sozialen Ausgleich bemüht (58%) und sich um mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt kümmert (54%). Von den Wähler/-innen der LINKEN waren davon sogar 97% und 90% überzeugt. Fast 60% der Berliner Wähler/-innen fänden es gut, wenn DIE LINKE am Senat beteiligt wäre, und mit 98% sagten dies fast alle Wähler/-innen der LINKEN selbst, von denen 88% überzeugt waren, dass die Partei gute Ideen für die Entwicklung Berlins hätte und drei Viertel, dass man genau wisse, wofür sie steht.

Entsprechend hat die Partei auch bei den Kompetenzwerten zugelegt. Im Feld soziale Gerechtigkeit halten 26% der Befragten DIE LINKE für die kompetenteste Partei (+9% zu 2011), bei der Schaffung von sozialem Wohnraum 26% (+5%) und in der Familienpolitik 17% (+5%).

Auf dieser Grundlage errang DIE LINKE ein Ergebnis, dass wieder deutlich über dem Niveau liegt, auf das sie nach der ersten Legislaturperiode in der Regierung abgerutscht war und wieder in jene Regionen vorstößt, die sie vor der ersten Regierungsbeteiligung erreichen konnte. Das ist nur fünf Jahre nach einer Niederlage, wie sie schwerer kaum vorstellbar war und in Folge derer sie als erschöpft, vom regieren ausgelaugt und erfolglos angesehen wurde, alles andere als selbstverständlich. Den Beweis, dass DIE LINKE verloren gegangenes Vertrauen zurück gewinnen kann, hat der Berliner Landesverband erbracht. Der Beweis, dass sie es rechtfertigen und die gewonnenen Wähler/innen halten kann, steht nun aus. Denn DIE LINKE hat nur fünf Jahre nach dem Ende der rot-roten Koalition das Mandat für einen erneuten Regierungseintritt erhalten.

Die Berliner LINKE hat damit als einzige Landespartei in diesem Jahr eine Landtagswahl gewonnen. Sie hat keinen berauschenden Sieg errungen, aber ein Ergebnis, das ausreichen sollte, um Stabilität und Zuversicht für das kommende Superwahljahr zu gewinnen. Sie hat sich, und das ist vor dem Hintergrund vieler Diskussionen über das Konkurrenzverhältnis zur AfD nicht zu vernachlässigen, im Osten wieder die Rolle als stärkste politische Kraft erkämpft. DIE LINKE kann im Osten gewinnen, DIE LINKE kann in Metropolen gewinnen, DIE LINKE kann Wahlkämpfe gewinnen, in denen sie sowohl Protest als auch einen Gestaltungsanspruch artikuliert. Diesen Beweis hat die Berlinwahl erbracht. Nicht erspart wird der LINKEN durch diese Wahl die beginnende Diskussion um eine erfolversprechende Strategie für die Bundestagswahl und die davor liegenden drei Landtagswahlen in westdeutschen Flächenländern, in denen mit Blick auf frühere Wahlen, aktuelle Umfragen und das von Berlin voraussichtlich ausgehende Signal die Frage nach der Bildung von rot-rot-grünen Landesregierungen wieder aktuell werden wird. DIE LINKE steht bundesweit vor einem strategischen Klärungsprozess, für den der Ausgang der Berlin-Wahl wichtige Hinweise gibt.

Die Berliner LINKE steht vor drei Herausforderungen:

1. Sie muss als Landespartei die im Wahlkampf errungene Geschlossenheit im Prozess der Regierungsbildung halten.
2. Sie muss damit umgehen, dass an sie von den drei Regierungsparteien wahrscheinlich die höchsten Erwartungen gestellt werden. Mehr als für die beiden anderen Parteien gilt für die Berliner LINKE, dass nach der Wahl vor der Wieder-Wahl ist. Dies erfordert einen strategischen Ansatz, der die existierenden Überlegungen für eine neue Kultur in einem Drei-Parteien-Bündnis und die Kernprojekte einer linken Regierungsarbeit (z.B. Schulbauoffensive in öffentlich-öffentlichen Partnerschaften) konsequent umsetzt.
3. Die Partei ist damit konfrontiert, dass sie beträchtliche Erfolge in alten und neuen Hochburgen feiern kann. Hierzu gehören für die alten Hochburgen Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick, sowie prototypisch für neue Hochburgen der Wahlkreis Mitte 4 (nördliches Moabit, Westhafen), der klassisch West-Berliner Territorium umfasst und in dem mit Steve Rauhut ein im Kiez fest verankerter Pfarrer gehörte. Er errang mit rund 19% ein hervorragendes Ergebnis. Gleichwohl sind die langfristigen strukturellen Trends in Ostdeutschland der Partei mit der absolut kleiner werdende Gruppe der vormaligen DDR-Stammwähler/-innenschaft weiterhin wirksam. Die verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass die aktuellen Wahlergebnisse der LINKEN im Osten der Republik, von Sachsen und Brandenburg 2014 (mit einem durch spezifische Faktoren erklärbaren Ausreißer nach oben: Thüringen) bis zu Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern 2016 und nunmehr auch mit den Verlusten in Lichtenberg, in Pankow, in Marzahn-Hellersdorf und auch in Treptow-Köpenick auf bekannte demographische Entwicklungen zurück zu führen sind: die PDS wächst langsam aus der Alterspyramide der Wahlberechtigten heraus und DIE LINKE wächst von unten nur langsam – in einzelnen Regionen zu langsam – nach.

II.7. Piratenpartei - from dawn till dusk

Die Berliner Piraten waren die Shootingstars der vergangenen Abgeordnetenhauswahl. Erstmals zogen sie im September 2011 in deutlicher Fraktionsstärke in einen Landtag ein. Es war ein spektakulärer Erfolg, dem weitere Mandate im Landtag NRW und Schleswig-Holstein folgen sollten.

Die damalige Abgeordnetenhausfraktion wurde mit einem erheblichen medialen Interesse bedacht, das im Zusammenhang mit dem Gewinner-Image in die Wahlerfolge des Jahres 2012 mündete. Die Piraten, so lautete der durch vorliegende Daten und stattfindende Wahlen erhärtete Befund im Wahlbericht 2011, waren eine Partei der Unter-45-jährigen, die politische vor allem die Themen und Probleme einer Generation von zunehmend prekär arbeitenden und lebenden Menschen auf die Tagesordnung setzte.

Nach fünf Jahren muss man feststellen, dass es den Piraten nicht gelungen ist, aus diesem disparaten Mix von Wünschen und Lebenslagen ein kohärentes Politikkonzept und eine über einmalige Proteststimmen hinausreichende Mobilisierungsperspektive zu entwickeln.

Aus Transparenz wurde Streit und Spaltung. Aus Vielfalt wurde Beliebigkeit und Inhaltsleere. Dieser Befund ist kein Grund zur Schadenfreude, weil es die Frage hinterlässt, wo viele dieser Menschen, die mehrheitlich im Mitte-Links-Lager verortet sind, als Wähler/-innen verbleiben. Der Wähler/-innenwanderungsübersicht von Infratest dimap zufolge wandern 19.000 frühere Wähler/-innen der Piraten in das Nichtwähler-Lager. Von dort hatte die Partei 2011 und 21.000 Wähler/-innen mobilisiert. Zu den anderen Parteien wandern 10.000 Wähler/-innen (2011: +21.000), zur AfD 11.000, zu den Grünen 12.000 (2011: +16.000) und zur SPD, der CDU und der FDP insgesamt 11.000 (2011: +23.000). Von der LINKEN erhielten die Piraten bei der vergangenen Berlin-Wahl 12.000 Wähler/-innen, nunmehr wandern 23.000 frühere Wähler/-innen dorthin ab.

Ursache dafür könnte sein, dass es die Berliner LINKE vermochte, einem Teil der früheren Piraten-Protagonist/-innen eine politische Heimat anzubieten. Ob sich daraus ein Teil der Zuwächse für DIE LINKE erklären lässt, kann erst mit später vorliegenden Daten beantwortet werden. Es bleibt zu hoffen, dass damit wenigstens ein Teil des kreativen und originellen Politikansatzes der Piraten gerettet wird und in Spurenelementen sogar in der Politik eines rot-rot-grünen Senats wiederzufinden sein wird.

Im zehnten Jahr ihrer Existenz ist die Piratenpartei auf dem Niveau der Liberalen Demokraten (LD), einer sozialliberalen Abspaltung der FDP in den frühen 1980er Jahren, angekommen. Die DL haben auf ihre Art und ohne jemals dem temporären Erfolg der Piratenpartei auch nur in Ansätzen nahe gekommen zu sein, dennoch zur politischen Entwicklung der Bundesrepublik beigetragen. Dies bleibt auch den Piraten zu wünschen, denn die im Wahlnachtbericht von Horst Kahrs und Benjamin-Immanuel Hoff nach der NRW-Wahl 2012 zu den Piraten getroffene Aussage ist weiterhin zutreffend:

„Die Piraten-Partei bleibt ein schillerndes neues Phänomen in der deutschen Parteienlandschaft und ist daher als Projektionsfläche für vielerlei Motive geeignet ist. Ihre Wahlerfolge zeug[t]en von einer verbreiteten Unzufriedenheit mit dem real existierenden politischen Betrieb und seinen parlamentarischen Parteien.

Der Erfolg der Piraten legt eine weit verbreitete Überdrüssigkeit mit dem vorhandenen Parteiangebot offen, eine weit verbreitete Bindungs- und Orientierungslosigkeit im vorhandenen Angebot und ein entsprechendes Bedürfnis nach einer Alternative, eine Alternative, die die nicht als fertiges Angebot präsentiert wird, die nicht die politische Richtung um 180 Grad dreht, sondern die unfertig ist, offen und aus verschiedenen Elementen zusammengefügt, eine Alternative zu den professionellen politischen Eliten.

Das Bedürfnis nach einer Veränderung scheint in der Gesellschaft, zumal bei den unter 40-jährigen, weit verbreitet und geprägt von ideologischer Richtungslosigkeit im klassischen Sinn. Drückte sich zuvor die Auffassung, dass es so wie es ist nicht weitergehen kann, in der Wahl von Parteien auf den Polen ‚Markt/Individuum‘ (FDP) oder ‚Staat/Gesellschaft‘ (DIE LINKE) aus, so steht die Wahlentscheidung für die Piraten gegen die Abschottung des politischen Systems vom Alltag, gegen das ‚Politsprech‘, für die Freiheit des Individuums und für gesellschaftliche, gemeinschaftliche Einrichtungen.“

Dass der ehemalige Piraten-Parteivorsitzende Bernd Schlömer nunmehr für die wieder auferstandene FDP in das Berliner Abgeordnetenhaus einzieht, ist eine Ironie der Geschichte und dürfte dennoch dazu beitragen, Spurenelemente der Piratenpartei auch im künftigen Parlament zu erhalten.

II.8. AfD - Konkurrenz für die Union und elektoraler Klotz am Bein der Linken

Die Berliner AfD hat einen Wahlkampf geführt, der ganz in der Tradition früherer rechtsradikaler und rechtspopulistischer Protestpartei (z.B. Republikaner) voll und ganz auf den Affekt gegen „die da oben“ setzte und inhaltlich beinahe ausschließlich die Themen Flüchtlings- und Sicherheitspolitik kommunizierte. Berlinspezifisch war der deutlich wahrnehmbare taktische Versuch, in der politischen Kommunikation etwas moderater als die Bundespartei und ihr rechtsradikales dynamisches Zentrum um Björn Höcke und die ostdeutschen Landeschefs aufzutreten.

Das ständige Gejammer über tatsächliche oder vermeintliche Angriffe auf AfD-Wahlkämpfer/innen gehört dagegen zum bundesweiten Standardrepertoire rechtspopulistischer Propaganda. Die Kampagne der AfD war abgesehen von einem etwas holprigen Artwork derart professionell und flächendeckend umgesetzt, dass sie kaum von einer Parteiorganisation im Aufbau aus sich heraus getragen worden sein kann.

Tabelle: Ansichten über die AfD Berlin (alle Wähler/-innen)

Distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen	84%
Wird vor allem gewählt, um ein klares Zeichen gegen die anderen Parteien zu setzen	75%
Hat verstanden, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen	42%
Gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will	30%
Finde es gut, dass sie die Ausbreitung des Islam in Deutschland verhindern will	30%

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Ansichten über die AfD Berlin (Wähler/-innen der AfD)

Gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will	99%
Hat verstanden, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen	97%
Gut, dass sie die Ausbreitung des Islam in Deutschland verhindern will	95%
Wird vor allem gewählt, um ein klares Zeichen gegen die anderen Parteien zu setzen	91%
Distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen	51%

Quelle: Infratest dimap

In der Wahlkampfberichterstattung zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern führte Horst Kahrs aus, dass nicht noch nicht belegen ließe, ob die AfD tatsächlich politikferne und notorische Nichtwähler/-innen mobilisieren würde. Wohl aber, dass die bundespolitische interessierte Bürgerinnen und Bürger, die die letzte Landtagswahl mieden, mobilisiert. Da die anderen Parteien das bundespolitische Spielfeld mieden, und auf Landesthemen orientierten – was ihnen sieht man die Grünen und die LINKE eher zum Vorteil gereichte – entstand eine Schiefelage zu Gunsten der AfD in einem Teil des Elektors, von dem jedoch angenommen werden kann, dass die anderen Parteien dessen Stimmen nicht bekommen hätten.

Nach Angaben von Infratest dimap gingen 75% aller befragten Wähler/-innen davon aus, dass die AfD vor allem gewählt wird, um ein klares Zeichen gegen die anderen Parteien zu setzen. Davon waren auch 91% der AfD-Wähler/-innen überzeugt. Dass die AfD verstanden habe, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen, meinten 42% aller Befragten und 97% der AfD-Wähler/-innen. Von denen begrüßten 99%, dass die AfD den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen begrenzen will und zu 95%, dass sie die Ausbreitung des Islam in Deutschland verhindern wolle. Beide Ziele wurden zu weniger als einem Drittel (30%) von allen befragten Wähler/-innen unterstützt.

Während 84% aller Wähler/-innen kritisierten, dass die AfD sich nicht genug von rechtsextremen Positionen distanzieren, hielten dies nur 51% der AfD-Wähler/-innen für ein Problem.

Die Berliner AfD gehört zwar zu den Gewinnerinnen dieser Wahl, blieb jedoch deutlich unter ihren zuletzt errungenen Ergebnissen in den ostdeutschen Flächenländern. Gleichwohl hat sie auch in Berlin die Größenordnung einer Mittelpartei auf Tuchfühlung mit LINKEN und Grünen, die ihrerseits auf die deutlich geschrumpften CDU und SPD herangerückt sind.

Sie stellt künftig Direktmandate im Berliner Abgeordnetenhaus und zwar in den Ostberliner Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Pankow und Treptow-Köpenick. In Marzahn-Hellersdorf wurde die AfD zudem mit 23,6 Prozent der Zweitstimmen stärkste Partei.

Nach dpa-Angaben ging das erste Mandat an Kay Nerstheimer im Wahlkreis Lichtenberg 1. Er kam nach Angaben der Landeswahlleiterin bei den Erststimmen auf 26,0 Prozent und erhielt damit einen Prozentpunkt mehr als die Linke-Kandidatin Ines Schmidt. Laut Antifaschistischem Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) trat er 2012 im Internet als Berliner Chef der islamfeindlichen rechtsextremen Vereinigung «German Defence League» auf. Nerstheimer habe demnach angekündigt, diese zu einer «Miliz» auszubauen. Weitere Direktmandate gingen in den Wahlkreisen Marzahn-Hellersdorf 1 und 3 an die Kandidaten Gunnar Lindemann und Jessica Bießmann - sie holten 30,6 beziehungsweise 29,8 Prozent der Erststimmen. Ebenfalls direkt gewählt wurde Frank Scholtysek (AfD) - er erhielt 23,8 Prozent im Wahlkreis Treptow-Köpenick 3. Im Wahlkreis Pankow 1 - dazu zählt etwa der Stadtteil Buch am nördlichen Berliner Stadtrand - war AfD-Kandidat Christian Buchholz mit 22,4 Prozent der Erststimmen erfolgreich.

In diesen Bezirken könnte sie aufgrund des Proporz-Systems bei den Bezirksämtern Anspruch auf die Besetzung von bis zu sieben Stadtratsposten erheben, die der Funktion von Dezernenten in anderen Städten entsprechen. Damit würde die AfD erstmals in Gemeinwesen, die jeweils für sich genommen der Größenordnung von Großstädten entsprechen, Gestaltungsverantwortung erhalten. Für die Konsolidierung der Partei rechts von der Union, dürfte dies ein Meilenstein sein.

Gefragt, woraus die Wahlentscheidung erfolgte, antworteten 26% der von Infratest dimap befragten AfD-Wähler/-innen, dass sie die Partei aus Überzeugung wählten, während 69% angaben, die Partei aus Enttäuschung über andere Parteien gewählt zu haben.

Fast die Hälfte ihrer Wähler/-innen mobilisiert sie aus dem Lager der Nichtwähler/- innen, den zweiten großen Block holt sie – wie in den anderen Wahlen – aus der Gruppe der anderen Parteien, worunter diejenigen Kleinparteien zu verstehen sind, die nicht im Parlament vertreten sind. Bezogen auf die Größenordnung der Stimmenanteile gewinnt sie alsdann von der CDU, der SPD, von Piraten und Linkspartei, in kleinem Maße von Grünen und FDP.

Nur jeder 14. Wähler/-in kommt von der LINKEN. Im Osten liegt die AfD klar hinter der LINKEN, auch im Westen kann sie sich nicht von der LINKEN absetzen. Insofern dürfte das Berliner Wahlergebnis zumindest zu einer Versachlichung der Debatte über das Verhältnis zwischen AfD und LINKEN beitragen.

Im direkten Konkurrenzverhältnis bleibt die AfD vor allem ein Problem der Unionsparteien. Als politische Kraft, die ein bislang weitgehend ungebundenes Wähler/-innenpotential destruktiv mobilisiert, bleibt sie ein Problem aller demokratischen Parteien, auch und nicht zuletzt der LINKEN.

Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen in der Wahlnacht legen nahe, dass die Wähler/-innen der AfD zu 45% von Sonstigen Parteien und den Nichtwähler/-innen kamen, zu 22% von der CDU, zu 12% von der SPD, zu 10% von der Piratenpartei, erst dann zu 7% von der Linkspartei und zu jeweils 2% von den Grünen und der FDP.

DIE LINKE erhält durch das Berliner Wahlergebnis einen Anlass und eine Chance, ihre strategische Debatte über die Rolle und Aufstellung der Partei in einem Sechs-Parteien-System mit der AfD auf rationalere Füße zu stellen.

Wir vertreten die These, dass DIE LINKE die AfD richtig nicht als eine direkte Konkurrentin um linke Wählerinnen und Wähler behandelt sondern als Herausforderung, den eigenen Entwicklungsprozess von einer linken Protestpartei gegen die Agenda 2010 zu einer Partei, die ihren Teil dazu leistet, neue linke Mehrheiten herauszubilden und gestaltungsfähig zu machen.

Die AfD ist aktuell ein elektoraler Klotz am Bein der LINKEN, weil sie das politische Feld nach rechts vergrößert und damit den relativen Anteil des aktuellen linken Wähler/-innen-potenzials verkleinert. Es liegt nun an der LINKEN, ihrerseits das Feld zu erweitern und die Repräsentationslücke in der linken Mitte zu schließen. Die Wiederaufführung einer auf die AfD fixierten Strategiediskussion wäre ein gewaltiger Fehler.

Fünf Politiker der AfD sind bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl direkt gewählt worden. Die von der AfD im Ostteil der Stadt gewonnenen Direktmandate sind ein deutliches Warnzeichen in einer Wahlnacht, in der DIE LINKE sich über gewonnene Direktmandate in den Ost-Bezirken freuen kann.

II.9. FDP – notorisches Stehaufmännchen in Zeiten schwächelnder CDU

Die Berliner FDP ist kein kontinuierlicher Bestandteil des parlamentarischen Systems der Stadt. Bei den Wahlen 1958 (3,8%), 1989 (3,9), 1995 (2,5), 1999 (2,2), 2011 (1,8) schied sie jeweils aus dem Berliner Abgeordnetenhaus aus.

Die Partei setzte im Wahlkampf ausschließlich auf zwei Themen: Wirtschaft und die Offenhaltung des Flughafens Tegel. Nicht ohne Erfolg, wie Infratest dimap-Daten zeigen.

Tabelle: Ansichten über die FDP Berlin (alle Wähler/-innen)

Ich finde es gut, dass sie den Flughafen Tegel offen lassen will	61%
Finde es gut, dass sie sich um die Belange der Wirtschaft kümmert	53%

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Ansichten über die FDP Berlin (Wähler/-innen der FDP)

Ich finde es gut, dass sie den Flughafen Tegel offen lassen will	99%
Ist eine gute Alternative für alle, die sich bei der CDU nicht mehr aufgehoben fühlen	94%

Quelle: Infratest dimap

Die Partei, die vom Bruder des bisherigen Sozialsenators angeführt wird, konnte mit der Tegel-Botschaft insoweit durchdringen, dass 99% der FDP-Wähler/-innen diese Zielsetzung mit der FDP verbänden und immerhin 61% aller befragten Wähler/-innen. Dass die FDP sich um Belange der Wirtschaft kümmere, begrüßten 53% aller Wähler/-innen.

Die FDP als gute Alternative für alle, die sich bei der CDU nicht mehr aufgehoben fühlen, sagen 94% der FDP-Wähler/-innen. Der Wählerwanderungstabelle von Infratest dimap ist zu entnehmen, dass der größte Block der FDP-Wähler/-innen tatsächlich von der Union stammte, gefolgt von Zuströmen der Nichtwähler/-innen – mit einem 50% kleineren Umfang. Weitere Stimmen kamen in der Reihung der Größenordnung von SPD, Grünen und Piraten.

III DAS PARTEIEN- UND WAHLSYSTEM IN BERLIN

III.1. Das Parteiensystem in Berlin bis zur Abgeordnetenhauswahl 2016

Die Mauer verlief durch Berlin und insofern drücken sich im Berliner Parteiensystem „im Kleinen die Gesamtheit der bundespolitischen Parteienlandschaft mit all ihren wiedervereinigungsbedingten Sonderphänomenen und Eigentümlichkeiten“⁴ aus.

Eine Darstellung des Berliner Parteiensystems erfordert eine Betrachtung bis zur Wiedervereinigung 1990 und eine Betrachtung der Entwicklung seitdem, da sich durch den Eintritt der PDS in die Berliner Parteienlandschaft bereits 1990 das Parteiensystem herausbildete, das seitdem den Deutschen Bundestag und zwischenzeitlich auch eine Vielzahl von Landtagen prägt.

Tabelle: Ergebnisse der AGH-Wahlen von 1950 bis 1989 (Zweitstimmenanteil)

Wahl	Wahlbet. in %	SPD		CDU		FDP		AL/Grüne		Sonstige <5%	
		%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1950	90,4	44,7	61	24,7	34	23,1	32	-	-	-	-
1954	91,8	44,6	64	30,4	44	12,8	19	-	-	-	-
1958	92,9	52,6	78	37,7	55	3,8	-	-	-	-	-
1963	89,9	61,9	89	28,8	41	7,9	10	-	-	-	-
1967	86,2	56,9	81	32,9	47	7,1	9	-	-	-	-
1971	88,9	50,4	73	38,2	54	8,4	11	-	-	-	-
1975	87,8	42,6	67	43,9	69	7,1	11	-	-	-	-
1979	85,4	42,7	61	44,4	63	8,1	11	-	-	-	-
1981	85,3	38,3	51	48,0	65	5,6	7	7,2	9	-	-
1985	83,6	32,4	48	46,4	69	8,5	12	10,6	15	-	-
1989	79,6	37,3	55	37,7	55	3,9	-	11,8	17	REP (7,5)	11

Quelle: WDR/Infratest-dimap (Hrsg.) 2008, WAHITREND, Köln, S. 38/42 / Eigene Darstellung

Das Berliner Parteiensystem bis 1989 lässt sich unter Bezugnahme auf Reutter⁵ in drei Phasen unterteilen:

- die Konstituierungsphase 1945 bis 1949,
- die Periode der Stabilisierung und Konzentration des Parteiensystems bei Dominanz der SPD von 1950 bis Mitte der 1970er Jahre
- die Phase der Transformation und Ausdifferenzierung des Parteiensystems bei verhältnismäßiger Dominanz der CDU ab Ende der 1970er Jahre bis 1989.

Die Konstituierungsphase des Berliner Parteiensystems war, wie in den anderen Ländern auch, geprägt durch die „Lizensierungspolitik“ (Reutter) der Alliierten. Diese führte unter anderem zu einer Begrenzung des Parteiensystems, da sich rechts von der CDU ursprünglich keine Parteien gründen durften und noch in

⁴ Jakob Lempp 2010, Berlin – die Parteien im »wiedervereinigten Bundesland«, in: Andreas Kost et al (Hrsg.), Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart, München, S. 162.

⁵ Werner Reutter 2004, Das Abgeordnetenhaus von Berlin: Ein Stadtstaatenparlament im Bundesstaat, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.), Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte-Struktur-Funktionen, Wiesbaden, S. 117f.

den 1960er Jahren ein Wahlantritt der NPD in Berlin am Einspruch der Alliierten scheiterte.⁶

Der ursprüngliche Versuch der Parteien Berlins, in ganz Berlin als „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ kooperativ zu agieren scheiterte an der KPD und ihrer Politik, die nach dem bekannten Diktum Ulbrichts „*Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben*“ verfuhr. Nach der unter Zwang vollzogenen Vereinigung von KPD und SPD trennte sich die Berliner SPD vom sozialdemokratischen Zentralausschuss und trat zunächst in allen Berliner Sektoren gegen die SED an, wobei sie tatsächlich nur in den Westberliner Sektoren eigenständig handeln konnte. Mit der Spaltung von CDU und den Liberalen in einen jeweils Ost- bzw. Westberliner Verband in den Jahren 1948 und 1949 erfolgte die endgültige Spaltung des Parteiensystems der Stadt.⁷

Tabelle: Ergebnisse der AGH-Wahlen von 1950 bis 1971 und Zusammensetzung des Senats

Wahl	SPD		CDU		FDP		Regierungspartei(en)
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	
1950	44,7	61	24,7	34	23,1	32	SPD + CDU + FDP; ab 12/1953: CDU + FDP
1954	44,6	64	30,4	44	12,8	19	SPD + CDU
1958	52,6	78	37,7	55	3,8	-	SPD + CDU
1963	61,9	89	28,8	41	7,9	10	SPD + FDP
1967	56,9	81	32,9	47	7,1	9	SPD + FDP
1971	50,4	73	38,2	54	8,4	11	SPD

Quelle: WDR/InfraTest-dimap (Hrsg.) 2008, WahITREND, Köln, S. 43 / Eigene Darstellung

Die SPD, die CDU und die FDP gliederten sich in das bundesdeutsche Drei-Parteiensystem ein, womit die Konstituierungsphase abgeschlossen und die Phase der Stabilisierung eingeleitet wurde. behielten in den 1950er Jahren jedoch aufgrund der spezifischen Berliner Erfahrungen aus Berlin-Blockade, Spaltung der Stadt etc. einen Modus der Kooperation bei. Dieser ausgeprägte Kooperationswille führte in den 1950er Jahren zum Regelfall der Großen Koalitionen, teilweise unter Einschluss der FDP und bis weit in die 1960er Jahre zu sozial-liberalen Koalitionen, obwohl die SPD hätte auch allein die Regierung stellen können. Dieser für die westdeutsche Parteiendemokratie ungewöhnliche Zustand änderte sich erst mit der neuen Ost-Politik und dem auch in Berlin spürbaren Auseinanderdriften von CDU und SPD in dieser Frage. Nach der Wahl 1971 regierte die SPD erstmals und einmalig bislang allein.

Der Zeitraum 1950 bis Ende der 1970er Jahre wurde geprägt von einem bipolaren Parteiensystem mit zwei großen Volksparteien und einer dominierenden SPD, die bis 1981 jeweils den Regierenden Bürgermeister stellte. SPD und CDU konnten lange Zeit bis zu 90% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen; von den im Durchschnitt sechs zur Wahl antretenden Parteien zogen bis zu drei Parteien in das Landesparlament ein. Die SPD galt in dieser Phase als die hegemoniale „Berlin-Partei“.

Musste die CDU bei den Abgeordnetenhauswahlen 1963 mit 28,8% noch eine herbe Niederlage einstecken und konstatieren, dass der Abstand zur SPD mit 33,1% höher als das eigene Wahlergebnis ausfiel, gelang es der Union in den folgenden Wahlen sich stetig zu steigern und im Ergebnis der AGH-Wahl 1979 erstmals stärker als die SPD zu sein.

Die Machtverschiebung zugunsten der CDU, deren Etablierung als Regierungspartei sowie die Differenzierung und stärkere Polarisierung des Parteiensystems in Berlin sind prägende Momente der Transformations- und Ausdifferenzierungsphase des Berliner Parteiensystems ab Ende der 1970er Jahre.⁸

In dieser Phase sank die Konzentration der Stimmen für beide Volksparteien auf durchschnittlich 75% der abgegebenen Stimmen, stieg die Zahl der kandidierenden Parteien auf rund zehn und nahm die Fragmentierung des Parteiensystems zu.

Der Alternativen Liste (AL) in Berlin gelang bereits 1981 mit einem Stimmenanteil von 7,2% der Einzug in das Berliner Landesparlament, nachdem sie bei der Wahl 1979 noch mit 3,7% an der Sperrklausel

⁶ Reutter 2004, S. 117.

⁷ Lempp 2010, S. 164f.

⁸ Reutter 2004, S. 119.

gescheitert waren. Die AL gehört seitdem dem Abgeordnetenhaus von Berlin ununterbrochen an – anders als die Freien Demokraten, deren Berliner Parlamentsmitgliedschaft seit ihrer Existenz dem JoJo-Spiel ähnelt.

Die erste rot-grüne Landesregierung Berlins folgte dem deutlichen Stimmenrückgang der CDU in der Wahl 1989, der klaren Ablehnung einer Großen Koalition sowohl in der SPD als auch in der CDU sowie dem bis 1995 höchsten Stimmenergebnis und zwischen 1979 und 2006 überhaupt dritthöchsten Stimmenergebnis der Grünen Berlins von 11,8%.

Das Bündnis aus SPD und AL unter der Führung Walter Momper's scheiterte noch vor den Neuwahlen 1990 an den Widersprüchen in beiden Parteien und endete mit dem Rückzug der drei AL-Senatorinnen in Folge der von der SPD initiierten Räumung der besetzten Häuser in der Ost-Berliner Mainzer Straße.

Tabelle: Ergebnisse der AGH-Wahlen von 1990 bis 2011 (Zweitstimmenanteil)

Wahl	Wahlbet. in %	SPD		CDU		FDP		Grüne		PDS/LINKE		Sonstige in %
		%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	
1990	80,8	30,4	76	40,4	101	7,1	18	9,3	23	9,2	23	3,6
1995	68,6	23,6	55	37,4	87	2,5	-	13,2	30	14,6	34	8,6
1999	65,5	22,4	42	40,8	76	2,2	-	9,9	18	17,7	33	7,0
2001	68,1	29,7	44	23,8	35	9,9	15	9,1	14	22,6	33	5,0
2006	58,0	30,8	53	21,3	37	7,6	13	13,1	23	13,4	23	13,7
2011							-					

Quelle: WDR/InfraTest-dimap (Hrsg.) 2008, WahlTREND, Köln, S. 38/42 / Eigene Darstellung

Die Wahlen zum ersten gesamtberliner Parlament seit 1948 drückten die Wandlung des Berliner Parteiensystems nach der Vereinigung aus und setzten gleichzeitig bereits bestehende Trends Westberlins fort.

Langfristige Trends der Differenzierung und Dekonzentration setzten sich fort. Die Polarisierung in der Parteienkonkurrenz aber auch im regionalen Wahlverhalten dominiert, nicht zuletzt in Folge des Erscheinens der PDS, der heutigen LINKEN, im Berliner Parteiensystem zu.

Reutter beschreibt diese Entwicklung mit den Worten: „Das bipolare Parteiensystem mit zwei großen Volksparteien und zentripetalem⁹ Parteienwettbewerb blieb zwar im Westteil der Stadt – und auch hier nun bedingt – bestehen, doch hat sich im Ostteil ein eher tripolares System etabliert, in dem sich nur schwer ein politisches Gravitationszentrum ausmachen lässt.“¹⁰

Diese Spaltung des Wahlgebietes in einen Westteil, der dem klassischen bundesdeutschen Parteiensystem ähnelte und einen Ostteil, der sich am lange Zeit vorherrschenden Drei-Parteiensystems – bei vergleichsweise schwacher CDU – Ostdeutschlands orientierte, verliert zunehmend an Relevanz und ist zunehmend differenzierter zu betrachten. Wie Niedermayer/Stöss bereits für die AGH-Wahl 2006 ausführen, ist neben dem Ost-West-Gefälle eine zweite regionale Differenzierung für das Wahlverhalten bedeutsam, „die auf unterschiedlichen sozialen Milieus, Wohnlängen und Infrastrukturen beruht: der Gegensatz zwischen Stadtzentrum und Peripherie“.¹¹

Nutznieser dieser Differenzierung sind die Grünen und die CDU. Erstere waren 2006 „vor allem in dem ungefähr durch den S-Bahn-Ring abgegrenzten Innenstadtbereich¹² erfolgreich, wo sie mit 23,5% nach der SPD zweitstärkste Partei wurden und auch überdurchschnittliche Gewinne (+6,4%) erzielten. In den Randlagen Berlins brachten sie es hingegen nur auf 9,7%. Die CDU reüssierte dagegen in der (westlichen)

⁹ zentripetal: Von der Peripherie zum Zentrum verlaufend.

¹⁰ Reutter 2004, S. 120, vgl. aber auch: Ingrid Reichert-Dreyer 2008, Das Parteiensystem Berlins, in: Uwe Jun et al (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 156f.

¹¹ Oskar Niedermayer/Richard Stöss 2007, Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 17. September 2006: Ein „Weiter so“ trotz herber Verluste des Koalitionspartners, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), S. 94.

¹² Dieser Innenstadtring umfasst rund 80 km² und rund eine Million Einwohner/-innen des Berliner Stadtgebietes – Anm. B.-I. Hoff.

Peripherie. Dort betrug ihr Zweitstimmenanteil 23,9%, im Stadtzentrum nur 13,7%.¹³

Dieser Trend hat durch sozio-strukturelle Veränderungen der vergangenen Jahre seine Fortsetzung gefunden, wenngleich zu konstatieren ist, dass die Union – wie im Abschnitt II. bereits ausgeführt – sich auf einem langsamen Sinkflug befindet.

Die momentan vorherrschenden Merkmale des Parteiensystem und Wahlverhalten Berlins sind demnach:

- eine weiterhin bestehende Polarisierung und zunehmende Fragmentierung im Parteienwettbewerb,
- regional differenzierte Wahlgebiete in den Achsen Ost und West sowie Innenstadt und Peripherie,
- verändertes Wahlverhalten in Form einer hohen Anzahl an Briefwähler/-innen sowie im Längsschnitt sinkender Wahlbeteiligung.

Anders als in Bremen oder Hamburg hatten stadtspezifische Parteiformationen analog zur STATT-Partei oder der Schillpartei in Berlin bislang keinen Erfolg. Erfolge der Piraten-Partei (Wahl 2011) oder der AfD bei der aktuellen Wahl stellen insoweit kein Berlin-Spezifikum dar sondern folgen bundesweiten Trends.

III.2. Das Wahlsystem Berlins

Berlin ist Land und Kommune zugleich. Bei den Berliner Wahlen werden das Landesparlament, das Abgeordnetenhaus von Berlin, sowie die Bezirksverordnetenversammlungen, also die Kommunalparlamente der zwölf Berliner Bezirke, grundsätzlich gemeinsam gewählt. Beendet das Landesparlament die Wahlperiode vorzeitig, endet grundsätzlich auch die Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlungen, da beide Wahlperioden miteinander verknüpft sind.

Hinsichtlich der Wahrnehmung des Wahlrechts unterscheiden sich die Landes- und die Bezirksebene. Während bei den Bezirkswahlen bereits 16- und 17-Jährige wählen dürfen, ist bei den Abgeordnetenhauswahlen das aktive und passive Wahlrecht an die Erreichung des Mindestalters von 18 Jahren gebunden. Bürgerinnen und Bürger aus EU-Mitgliedsstaaten haben das Wahlrecht für die Bezirksverordnetenversammlungen.

Die gesetzliche Zahl der Mandate liegt bei nunmehr 130 (1990: 200; 1995: 150), von denen 78 (1995: 90) Mandate in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über geschlossene Listen vergeben werden.¹⁴

Die Parteien können selbst entscheiden, ob sie ihre Listen als Landeslisten oder auf bezirklicher Ebene als Bezirkslisten aufstellen. Verschiedene Versuche, eine landeseinheitliche Regelung zur Aufstellung von Landes- statt Bezirkslisten gesetzlich festzulegen scheiterte jeweils am Widerstand von „Bezirksfürst/-innen“ innerhalb von SPD und CDU – sehr zum Leidwesen der jeweiligen Landesparteiführung, die sich von Landeslisten eine höhere Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich der Zusammensetzung der Landesliste und damit der künftigen Abgeordnetenhausfraktion verspricht.

Die Verteilung der Sitze und die Zuteilung der Mandate erfolgen in einem zweistufigen Verfahren: „Von den Parteien aufgrund ihrer Stimmenanteile zustehenden Sitze werden die in den Wahlkreisen direkt gewonnenen Mandate abgezogen: die Verteilung der listenmandate erfolgt dann gemäß den Stimmenanteilen auf Bezirksebene bzw. über den Landeslistenvorschlag“.¹⁵

Überhangs- und Ausgleichsmandate sind zulässig und führen jeweils zu einem Parlament mit mehr als der gesetzlich vorgesehenen Mindestzahl der Abgeordneten. Denn Überhangmandate werden so lange ausgeglichen, bis die Mandatsverteilung den Stimmenanteilen entspricht.¹⁶

Für die Feststellung, ob eine Partei die Fünf-Prozent-Hürde überspringt werden in Berlin auch die

¹³ Niedermayer/Stöss 2007, ebd.

¹⁴ <http://www.wahlrecht.de/landtage/berlin.htm>.

¹⁵ Reutter 2004, S. 114f.

¹⁶ Reutter 2004, S. 115.

ungültigen Stimmen einbezogen.¹⁷ Nachdem der Berliner Verfassungsgerichtshof die Sperrklausel von 5% für die Bezirksverordnetenversammlungen für verfassungswidrig erklärte, gilt seit 2005 eine 3%-Sperrklausel.¹⁸

III.3. Die Berliner Verwaltung / Zusammensetzung der Bezirksämter

Die Berliner Verwaltung ist in Hauptverwaltung (bestehend aus den Senatsverwaltungen, den ihnen nachgeordneten Behörden und nicht rechtsfähigen Anstalten) und Bezirksverwaltung (zwölf Bezirksverwaltungen einschließlich der ihnen nachgeordneten nicht rechtsfähigen Anstalten und der unter ihrer Aufsicht stehenden Eigenbetriebe) gegliedert. Die Hauptverwaltung ist für die Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung zuständig. Die Bezirke nehmen die Aufgaben der örtlichen Verwaltung wahr. Sie sind, anders als Gemeinden, keine selbständigen Gebietskörperschaften, sondern Verwaltungseinheiten.

Organe der zwölf Bezirke sind die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und das Bezirksamt.

Eine BVV besteht aus 55 Bezirksverordneten, die von den gemäß §§ 1 i.V.m. 22a des Landeswahlgesetzes wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohnern des Bezirks für die Dauer von fünf Jahren gewählt werden. Die BVV ist ein Organ der Verwaltung, ihre Arbeitsweise ähnelt jedoch der eines Parlaments. Die Bezirksverordneten bilden Fraktionen entsprechend ihrer Zugehörigkeit zur selben Partei oder Wählergemeinschaft.

Das Bezirksamt besteht aus einer Bezirksbürgermeisterin oder einem Bezirksbürgermeister und vier Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträten, die von der BVV gewählt werden.

Seit 1971 werden in Berlin, wie Ulrich Zawatka-Gerlach im Berliner Tagesspiegel darlegt,¹⁹ die Bezirksämter nach Proporz, also dem Stärkeverhältnis der Parteien in den Bezirksverordnetenversammlung (BVV) besetzt.

Nur die Bezirksbürgermeister/-innen dürfen seit 1992 von politischen Mehrheiten in der BVV, sogenannten Zählgemeinschaften gewählt werden.

Während der zweiten rot-roten Koalition von 2006-2011 wollten SPD und Linke das politische Bezirksamt einführen und damit das Proporz-System abschaffen, um klare politische Verantwortlichkeiten herzustellen. Die geplante Verfassungsänderung kam nicht zustande, nachdem innerhalb der SPD sich die Mehrheitsverhältnisse in dieser Frage umkehrten. Das Thema wurde zu den Akten gelegt und steht nun wieder auf der Agenda. Für die in Kürze beginnende Wahlperiode und die AfD-Anwärter/-innen auf Bezirksamts-Sitze dürfte eine entsprechende Verfassungsänderung aber keine Auswirkung haben.

IV ERKENNTNISSE DER VORWAHL- UND WAHLTAGSBEFRAGUNGEN

IV.1. Die Parteien im Spiegel der «Sonntagsfragen»

Im Unterschied zu anderen Bundesländern wird für die Bundeshauptstadt gemeinhin eine größere Zahl an Umfragen durchgeführt.

¹⁷ <http://www.wahlrecht.de/landtage/berlin.htm>.

¹⁸ Ulrich Zawatka-Gerlach 2011, Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September 2011, Berlin, S. 33.

¹⁹ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/gruenes-konzept-naechster-halt-politisches-bezirksamt/13801634.html>

Tabelle: Umfrageergebnisse der Parteien im Jahr 2016

Institut	Datum	SPD	CDU	GRÜ	LIN	PIR	FDP	AfD	Sonst.
FGW	15.09.2016	23	18	15	14,5	–	6,5	14	9
Forsa	15.09.2016	24	17	17	15	3	5	13	6
INSA	12.09.2016	22	18	18	14	–	6	14	8
FGW	09.09.2016	24	19	15	14	–	5	14	9
Infratest dimap	08.09.2016	21	19	16	15	–	5	15	9
Forsa	29.08.2016	24	17	19	17	–	5	10	8
Infratest dimap	17.08.2016	21	20	17	16	–	5	15	6
INSA	11.08.2016	23	18	19	15	3	5	14	3
Forsa	31.07.2016	26	18	20	16	–	5	8	7
Infratest dimap	13.07.2016	21	20	19	18	–	4	13	5
INSA	07.07.2016	21	19	19	18	1	4	14	4
Forsa	04.07.2016	27	18	19	14	–	6	8	8
Infratest dimap	15.06.2016	23	18	19	17	–	4	15	4
Forsa	27.05.2016	26	18	20	14	3	5	8	6
Infratest dimap	11.05.2016	23	19	18	16	–	4	15	5
Forsa	29.04.2016	27	18	20	14	3	6	7	5
Infratest dimap	13.04.2016	23	21	17	16	–	5	13	5
Forsa	29.03.2016	27	19	18	14	2	6	9	5
Forsa	02.03.2016	29	21	17	14	3	4	7	5
Infratest dimap	25.02.2016	25	21	19	16	–	4	10	5
Forsa	02.02.2016	29	20	18	15	3	3	7	5
Durchschnitt 2016		24,2	18,0	18,8	15,3	1,0	11,5	4,88	6,0

Wahlrecht.de / Eigene Darstellung

Vorstehende Darstellung umfasst dabei nur die von der Plattform wahlrecht.de zusammengefassten Umfragen unter Auslassung der Umfragen kleinerer oder junger Institute wie z.B. Civey, das im Auftrag des Tagesspiegels tätig ist.

Die gemittelten Ergebnisse der 21 hier zusammengefassten Umfragen ergaben für die SPD einen Wert von 24,2 %, für die Grünen 18,8 % und 18 % für die CDU. Die LINKE kommt auf einen Durchschnittswert von 15,3 %, die AfD auf 11,5 %, während die FDP mit 4,88 % die Fünfprozenthürde nicht überspringen würde.

Auch 26 Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden Stadthälften haben sich die Parteipräferenzen zwar etwas angenähert, weisen jedoch weiterhin signifikante Unterschiede auf, weshalb Infratest dimap in den

BerlinTRENDS jeweils auch die beiden Stadthälften gesondert im Hinblick auf die Sonntagsfrage befragt. Die Daten für das Jahr 2016 sind in nachstehender Tabelle zusammengefasst.

Tabelle: Umfrageergebnisse der Parteien in West- und Ost-Berlin im Jahr 2016

	SPD		CDU		GRÜNE		LINKE		AfD		FDP	
	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O
09/2016	22	19	22	13	18	14	10	23	13	18	6	3
08/2016	22	20	23	15	20	12	9	26	13	18	6	3
07/2016	21	21	23	15	23	13	12	25	12	16	5	3
06/2016	24	22	20	14	23	12	10	27	13	19	6	2
05/2016	22	24	25	16	18	15	11	23	13	14	6	3
02/2016	24	26	24	17	22	15	12	21	9	12	5	3

Infratest dimap / Eigene Darstellung

Bis auf DIE LINKE und die AfD schneiden alle anderen Parteien im Westteil der Stadt besser ab als im Osten, wobei die SPD von allen Parteien im Hinblick auf die Ergebnisse in den beiden Teilstädten am stärksten ausgeglichen ist.

IV.2. Zufriedenheit mit der Landesregierung und Spitzenpolitikern

Wie oben bereits dargelegt, hat sich an der Zufriedenheit mit dem jeweils regierenden Senat nichts geändert.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Arbeit des Senats – Februar bis September 2016

Monat	Sehr zufrieden	Zufrieden	Weniger zufrieden	Gar nicht zufrieden
September	1	38	42	16
August	2	35	44	16
Juli	1	33	46	14
Juni	1	33	44	18
Mai	1	34	45	14
April	1	35	43	16
Februar	1	32	46	17

Quelle: Infratest dimap

Ob Große Koalition 1999 (Zufriedenheit: 33%), rot-grüne Minderheitsregierung 2001 (41%), rot-roter Senat 2006 und 2011 (38%) oder nun erneut Große Koalition (36%) die große Mehrheit der Stadtbewohner/-innen mit ihrer Landesregierung sieht ihren jeweiligen Senat kritisch. Dies drücken auch die Vorwahlbefragungen von Infratest dimap aus.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Arbeit des Senats – nach Parteianhänger/-innen (September 2016)

Anhänger/-innen von...	Sehr zufrieden / zufrieden	Vergleich 11/2015	Weniger zufrieden / gar nicht zufrieden	Vergleich 11/2015
SPD	58	63	40	36
CDU	50	49	48	48
Grüne	44	44	55	48
LINKE	32	31	68	64
FDP	28	-	72	-
AfD	7	10	93	90

Quelle: Infratest dimap

Anders als bei der Wahl 2011 als mit Renate Künast zeitweise die tatsächliche Option einer dritten

Kandidatin um das Amt des Regierenden Bürgermeisters bestand, lag der Regierende Bürgermeister Michael Müller während des Wahlkampfes im Hinblick auf die Persönlichkeitswerte uneinholbar vorn. Weder Frank Henkel (CDU) noch Ramona Pop (Grüne) konnten realistischere davon ausgehen, dass sie vergleichbare Bekanntheits- und Popularitätswerte würden erreichen können.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Arbeit von... im Zeitraum Februar bis August 2016

Zeitraum	Michael Müller			Frank Henkel		
	Sehr zufrieden / zufrieden	Weniger / gar nicht zufrieden	Kenne ich nicht	Sehr zufrieden / zufrieden	Weniger / gar nicht zufrieden	Kenne ich nicht
August	44	36	18	28	49	21
Juli	42	36	21	23	51	25
Juni	47	32	20	26	47	26
Mai	44	34	20	23	45	29
April	47	31	20	25	44	28
Februar	49	28	22	26	43	29

Quelle: Infratest dimap

Beide Personen, die immerhin einige Jahre die Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin führten und nunmehr 5 Jahre dem Berliner Senat als Regierender Bürgermeister und Bürgermeister angehörten, können nicht auf überragende Bekanntheitswerte verweisen.

Gleichwohl ist es Michael Müller gelungen, die Kritik an der Senatsarbeit nachhaltig bei seinem Stellvertreter und Koalitionspartner abzuladen, als selbst damit verbunden zu werden. Die Zufriedenheits- und Unzufriedenheitswerte der beiden verhalten sich indirekt proportional zueinander.

Tabelle: Direktwahl von Müller oder Henkel – nach Parteianhänger/-innen (September 2016)

Anhänger/-innen von...	Michael Müller (SPD)	Frank Henkel (CDU)	Keinen von beiden
Gesamt	44	19	23
SPD	79	7	4
Grüne	55	10	24
LINKE	52	10	25
FDP	22	39	32
CDU	22	51	14
AfD	11	34	48

Quelle: Infratest dimap

Rund ein Viertel der Anhänger/-innen der potentiellen Koalitionspartner der SPD hätten weder Michael Müller noch Frank Henkel gewählt. Bei den Anhänger/-innen der AfD kommt der Regierende Bürgermeister nur auf 11% Zustimmung. Ein erheblicher Unterschied zu Mecklenburg-Vorpommern, wo mehr als ein Drittel sich für den amtierenden Ministerpräsidenten Sellering ausgesprochen hatten.

Tabelle: Profilvergleich der beiden Spitzenkandidaten Müller und Henkel

Profil	Michael Müller (SPD)	Frank Henkel (CDU)
Sympathischer	58	18
Glaubwürdiger	52	17
Kompetenter	50	21
Führungsstärker	41	32

Quelle: Infratest dimap

Der Herausforderer des Regierenden Bürgermeisters schafft es allein beim Indikator Führungsstärke an den Amtsinhaber aufzuschließen – jedoch nur im Vergleich zu den anderen Werten, bei denen er spürbar zurückliegt.

IV.3. Wechselstimmung / Koalitionspräferenzen

Wir haben in den vergangenen Wahlberichtern darauf hingewiesen, dass sich anhand des Indikators „Zustimmung zur Regierung“ der jeweiligen Gebietskörperschaft bereits ermessen lässt, ob eine potenzielle Wechselstimmung vorliegt oder nicht. Inwieweit eine Wechselstimmung tatsächlich wirksam werden kann, hängt ihrerseits erheblich vom Grad der Wahlbeteiligung ab, also davon, wie viele der Wahlberechtigten ihrem Wechselwunsch durch Stimmabgabe Ausdruck verleihen. Zudem differenzieren wir hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozialliberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002, wenn mit dem Wechsel des Partners auch eine wesentliche Programmatis entfällt.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatis der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

Die Wahl vom 18.09.2016 dürfte erneut einen Großen Regierungswechsel darstellen, da eine Koalition aus SPD, DIE LINKE und Grünen die höchste Wahrscheinlichkeit hat.

Eine solche Koalition präferierten nach Angaben von Infratest dimap 49% der Befragten. Ein Bündnis aus SPD, CDU und FDP wurde von 28% bevorzugt. Auf den dritten und vierten Rängen folgen eine Ampel-Koalition (25%) und ein Jamaika-Bündnis (20%).

Von den Parteianhänger/-innen der drei Mitte-Links-Parteien sprachen sich 90% der LINKE-Wähler/-innen, 82% der Grüne-Wähler/-innen und 70% derjenigen, die der SPD ihre Stimme gegeben hatten für ein rot-rot-grünes Bündnis aus.

Für eine Ampel konnten sich 47% der Grüne-Wähler/-innen erwärmen, 37% derjenigen, die SPD gewählt hatten und 38% der FDP-Wähler/-innen.

Letztere präferierten wiederum zu 68% ein Bündnis aus SPD, CDU und FDP, das auch 71% der CDU-Wähler/-innen bevorzugten, jedoch nur 23 der SPD-Wähler/-innen.

Ein Jamaika-Bündnis fand die Zustimmung von 58% der FDP-Wähler/-innen, 52% der CDU- aber nur 15% der Grünen-Wähler/-innen.

Bemerkenswert ist die seitens Infratest dimap vor der Wahl erfragte Präferenz für diejenige Partei, die den nächsten Senat anführen sollte. Zwar sprachen sich 91% der SPD-Anhänger/-innen und 41% aller befragten Wahlberechtigten für eine Führungsrolle der SPD aus, doch hatte die Zustimmung bei allen Wahlberechtigten im Vergleich zu 2011 um 13 Prozentpunkte abgenommen. Während in Mecklenburg-Vorpommern die Anhänger/-innen der Grünen zu 82% und der Linkspartei zu 72% eine SPD-geführte Landesregierung begrüßten, liegt die Zustimmungsrates zur Führung der SPD im nächsten Senat bei 43% Grüne-Anhänger/-innen und 41% Anhänger/-innen der LINKEN.

IV.4. Flüchtlingspolitik

Mit 25% lag die Flüchtlingspolitik in den Augen der Berliner/-innen gleichauf mit der Bildungspolitik. Wie bereits dargestellt wurde, hatte sich neben dem Bau des Flughafens BER insbesondere die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen als Menetekel des Berliner Senats erwiesen.

Tabelle: Kompetenzen in der Flüchtlingspolitik

Partei	Welche Partei kann am besten...	
	...Flüchtlinge versorgen und unterbringen	angemessen ...die Integration von Einwanderern voranbringen
SPD	24	25
Grüne	15	19
CDU	18	15
LINKE	12	10
Keine Partei	23	22

Quelle: Infratest dimap

Bemerkenswert ist, dass mehr als jede zweite Berlinerinnen und jeder zweite Berliner die Auffassung vertritt, dass keine Partei in der Lage wäre, Flüchtlinge angemessen unterzubringen oder die Integration von Einwanderer/-innen voranzubringen.

Dass der Senat die Flüchtlingssituation im sehr gut bzw. gut Griff habe, meinten im vergangenen Jahr 22% der Berlinerinnen und Berliner, während allein 48% der Auffassung waren, der Senat habe die Situation weniger gut im Griff und weitere 27% er habe sie überhaupt nicht im Griff. Eine Abfrage nach Parteianhänger/-innen zeigte keine wesentliche Differenzierung mit Ausnahme der Anhänger/-innen der AfD, die zu 97% der Meinung waren, der Senat habe die Flüchtlingssituation nicht im Griff. Infratest dimap hatte bereits in den vergangenen Monaten verschiedene Befragungen im Rahmen des BerlinTREND zum Thema Flüchtlingspolitik durchgeführt, deren Ergebnisse nachstehend dargestellt werden.

Dass Flüchtlinge eine Bereicherung für Berlin seien, meinten – trotz aller Probleme bei der Unterbringung und Versorgung sowie der Skepsis gegenüber ihrer Integration – 54% der Berliner/-innen, während 37% gegenteiliger Auffassung waren. Die Bejahung der Bereicherung durch Flüchtlinge war mit 88% bei den Grünen Parteianhänger/-innen am stärksten und mit 70% unter den SPD-Anhänger/-innen am weitesten verbreitet. Demgegenüber sahen die Anhänger/-innen von LINKEN (57%) und CDU (53%) bereits deutlich skeptischer auf die Flüchtlingssituation, während 85% der AfD-Anhänger/-innen Flüchtlinge nicht als Bereicherung ansahen.

Im November des vergangenen Jahres sprachen sich 38% aller befragten Berliner/-innen für die weitere Flüchtlingsaufnahme seitens Berlins aus, während 50% die Stadt als dazu nicht mehr in der Lage befanden. Bei den Mitte-Links-Parteien überwog die Zustimmung zur weiteren Flüchtlingsaufnahme, während bei CDU (57%) und natürlich der AfD (91%) die Skepsis überwog. Im April dieses Jahres hatte sich – möglicherweise im Zuge der wieder verlangsamten Flüchtlingsströme – die skeptischen Stimmen verringert. Zu diesem Zeitpunkt waren 49% der Auffassung, Berlin könne weitere Flüchtlinge aufnehmen, während 47% dies verneinten.

Tabelle: Positionen zur Flüchtlingspolitik

Wähler/-innen der...	Empfinde Flüchtlinge als Bereicherung		Für Flüchtlinge wird mehr getan als für Einheimische	
	Stimme zu	Stimme nicht zu	Stimme zu	Stimme nicht zu
SPD	66	29	58	37
Grüne	82	12	33	65
LINKE	70	24	40	58
CDU	56	35	71	25
FDP	47	42	79	20
AfD	5	90	98	1

Quelle: Infratest dimap

Im August und am Wahltag erfragte Infratest dimap Befürchtungen im Hinblick auf den Flüchtlingszuzug. Die Erkenntnisse werden nachfolgend zusammengefasst.

Tabelle: Positionen zur Flüchtlingspolitik

August 2016	Stimme zu	Stimme nicht zu	September 2016	Stimme zu
Ich empfinde Flüchtlinge als Bereicherung für das Leben in Berlin	52	40	Empfinde Flüchtlinge als Bereicherung für das Leben in Dtl.	55
Berlin sollte keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen	43	52	Für Flüchtlinge wird mehr getan als für die einheimische Bevölkerung	33
Der Berliner Senat plant zu viele Flüchtlingsheime in der Stadt	35	57	Es macht mir Angst, dass so viele Flüchtlinge zu uns gekommen sind	32
Ich fühle mich wegen der Muslime manchmal fremd in Berlin	31	66	Die Zahl der Flüchtlinge sollte auf Dauer begrenzt werden	62
Ich habe Verständnis für Leute, die mit Gewalt gegen Flüchtlingsheime vorgehen	3	96	Die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt wird größer	64
			Die Sozialausgaben werden zu stark steigen	55
			Der Einfluss des Islams in Deutschland wird zu stark	45
			Die Kriminalität in Deutschland wird ansteigen	45

Quelle: Infratest dimap

IV.5. Bildungspolitik

Die Themen Schule und Bildung waren für 26% der Wähler/-innen im West- und 23% der Wähler/-innen im Ostteil der Stadt wahlentscheidend.

Im Juli 2016 hatte Infratest dimap im BerlinTREND nach der Bewertung der Bildungspolitik gefragt.

Tabelle: Bewertung der Situation an den Berliner Schulen

	Berlin Gesamt		Eltern von Schulkindern	
	Sehr gut eher gut	Eher schlecht sehr schlecht	Sehr gut eher gut	Eher schlecht sehr schlecht
Qualität des Unterrichts	28	34	45	47
Qualität der Betreuung außerhalb des Unterrichts	26	33	49	37
Ausstattung an Unterrichtsmaterial, Technik, Computern	17	45	31	61
Baulicher Zustand an Berliner Schulen	10	70	17	79

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Wohin sollte Geld für die Bildung am ehesten investiert werden

	Berlin Gesamt	Eltern von Schulkindern
Mehr Lehrer / Kleinere Klassen	54	71
Schnelle Renovierung baufälliger Schulen	23	11
Ausstattung an Unterrichtsmaterial, Technik, Computern	8	7

Quelle: Infratest dimap

IV.6. Tourismuspolitik

Die Beliebtheit Berlins bei Touristinnen und Touristen wird innerhalb der Stadt seit Jahren mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Von Infratest dimap im Mai 2016 befragt, sahen dennoch 84% der Befragten eher Vorteile und nur 9% eher Nachteile im Tourismus.

Aufgrund des knappen Wohnraums in Berlin dürfen aufgrund einer vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Regelung Privatwohnungen nicht mehr als Ferienwohnungen vermietet werden. Verstöße können ein Bußgeld von bis zu 100.000 EUR nach sich ziehen. Gefragt, ob die Wahlberechtigten dies für eine gute Lösung halten, antworteten 61% zustimmend, während 36% dies für keine gute Lösung hielten. Darüber hinaus können Berliner/-innen illegale Ferienwohnungen anonym der Verwaltung melden. Auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnten, die Verwaltung entsprechend zu informieren, antworteten 32% zustimmend (11% auf jeden Fall, 21% eher ja), während 55% dies ablehnten (33% eher nein und 32% auf keinen Fall).

IV.7. Verkehrspolitik

Eine Initiative für mehr und bessere Radwege in Berlin hatte Mitte Juni fast 90.000 gültige Unterschriften für ihr Volksbegehren gesammelt. Sie forderte unter anderem breite Radwege an jeder Hauptstraße, mehr Stellplätze und 100 Kilometer Radschnellwege.

Der Senat rechnet mit Kosten von zwei Milliarden Euro, die Initiative mit 320 Millionen Euro.

Auf Druck der Initiative und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hatte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bereits Ende Juni signalisiert, die Mittel für den Fahrradverkehr von 15 auf 40 Millionen Euro jährlich aufzustocken.

Laut einer Befragung von Infratest dimap im Juni 2016 nutzen 50% der Befragten den Öffentlichen Personennahverkehr (Bus und Bahn), wenn sie in Berlin unterwegs sind, weitere 32% den PKW und immerhin 15% das Fahrrad.

Tabelle: Unternimmt die Politik in Berlin eher zu viel oder zu wenig für die Verbesserung des Fahrradverkehrs in der Stadt?

	Berlin Gesamt	Hauptsächliche Nutzer/-innen von...		
		...ÖPNV	...PKW/Motor- rad, -roller	Fahrrad
Eher zu viel	15	13	26	3
Eher zu wenig	62	62	50	88
Spontan: Weder noch / genau richtig	18	19	18	8

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Der Senat lehnt den Volksentscheid Fahrrad als unbezahlbar ab. Gehen die Forderungen der Initiative in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung?

	Berlin Gesamt	Hauptsächliche Nutzer/-innen von...		
		...ÖPNV	...PKW/Motor- rad, -roller	Fahrrad
Richtige Richtung	62	61	50	90
Falsche Richtung	33	34	44	9

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Wo sollte Geld für den Verkehr am ehesten investiert werden?

	Berlin Gesamt	Hauptsächliche Nutzer/-innen von...		
		...ÖPNV	...PKW/Motor- rad, -roller	Fahrrad
ÖPNV	54	69	44	26
Auto	14	7	29	5
Fahrrad	26	20	20	59

Quelle: Infratest dimap

IV.8. Filz und Korruption

Insbesondere der Bausenator Andreas Geisel (SPD), der am Wahlabend seinen Direktwahlkreis gegen den früheren Wirtschaftssenator Harald Wolf (DIE LINKE) verloren hat, machte in den vergangenen Monaten durch Mauseheleien mit Investoren am lukrativen Leipziger Platz negativ von sich reden.

Infratest dimap befragte im April 2016 die Berlinerinnen und Berliner nach Filz und Korruption. Gefragt, ob Filz und Korruption weiter verbreitet seien, antworteten 34%, dass sie diesen Eindruck hätten, während 53% dies verneinten.

Von den Befragten waren 25% der Meinung, dass Klüngeleien und Mauseheleien in der CDU am stärksten verbreitet seien, während 12% dies für die SPD annahmen und 7% andere Parteien nannten. Entscheidender ist, dass 23% meinten, dies sei in allen Parteien gleich verbreitet, während rund ein Drittel (32%) mit weiß nicht antwortete oder keine Angaben machte.

V ERSTE ANALYSE DER WAHLERGEBNISSE

V.1. Die Wähler/-innenwanderung²⁰

Infratest-dimap hat auch bei dieser Landtagswahl, auf der Basis der Nachwahlbefragungen, eine Schätzung der Wähler/-innenwanderungen vorgenommen. Sie machen die in der Wahlnacht vorliegenden Wanderungssalden, die gewöhnlich bis zur Veröffentlichung des WahlReports durch Infratest-dimap einer gewissen Veränderung unterliegen, deutlich. Horst Kahrs weist darauf hin, dass die Wähler/-innenwanderungen in der Wahlnacht nur ein unvollständiges Bild zeichnen, das deshalb zum Teil irreführt, weil nur die Wanderungssalden aus Gewinnen und Verlusten zur Verfügung stehen. Die tatsächlichen Wanderungskonten, die die Bewegungen zwischen zwei Parteien oder einer Partei und der Wahlenthaltung abbilden, stehen erst später zur Verfügung. So ist es in der Regel so, dass eine Partei bei jeder Wahl Wähler/-innen an die Wahlenthaltung verliert und vormalige Nichtwähler/-innen gewinnt. Das Saldo aus beiden Bewegungen verdeckt den tatsächlichen Umfang der Bewegungen. Zusätzlich irreführend werden die Salden, wenn eine Partei bei der Vorwahl, mit der verglichen wird, die noch nicht angetreten ist, wie jetzt die AfD. Sie kann von den Nichtwählern nur Stimmen gewinnen, an diese aber keine verlieren. Bei allen anderen Parteien ist dies anders. Mit diesen Einschränkungen stellen wir diese Daten nachstehend dar.

Die nachstehende Tabelle ist so zu lesen, dass von links nach rechts die jeweiligen Zu- und Abgänge von den Parteien bzw. den Nichtwähler/-innen zu den Parteien bzw. Nichtwähler/-innen dargestellt sind. Die Abgänge sind mit negativen Zahlenwerten gekennzeichnet (-).

²⁰ Die Wähler/-innenwanderungsbilanz basiert auf den von Infratest-dimap für die ARD zur Verfügung gestellten Daten. „Bei dem Exit Poll von Infratest-dimap, werden die Befragten unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt, so dass die Erinnerung an die aktuelle Wahl nicht hinterfragt werden muss, die Rückerinnerung (allerdings wie in allen anderen Umfragen auch) fehlerhaft sein kann. Auch wenn die Daten die hier von Infratest-dimap vorgestellt werden (bezogen auf die reinen Nettozahlen) einer Fehlerquote unterliegen, so sind sie jedoch hinsichtlich der Richtung und der Größenverhältnisse der Austauschbewegungen zwischen den Parteien zuverlässig. Allein durch Größe der Umfrage kann die Datenqualität als sehr gut bewertet werden.“ Zitiert nach: Viola Neu 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010. Wahlanalyse, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Onlinepublikation, S. 11.

Da eine Partei mit sich selbst keine Wähler/-innenwanderung erzeugen kann, sind die jeweiligen Kästchen leer.

Tabelle: Wähler/-innenwanderung

	SPD	CDU	Grüne	LINKE	AfD	FDP	Andere	Nichtw.
SPD		-11.000	3.000	-20.000	-24.000	-11.000	7.000	-8.000
CDU	11.000		2.000	-2.000	-39.000	-28.000	-3.000	3.000
Grüne	-3.000	-2.000		-21.000	-4.000	-9.000	-7.000	-2.000
LINKE	20.000	2.000	21.000		-12.000	-2.000	-7.000	16.000
AfD	24.000	39.000	4.000	12.000		4.000	46.000	69.000
FDP	11.000	28.000	9.000	2.000	-4.000		0	14.000
Andere	8.000	3.000	7.000	7.000	-46.000	0		1.000
Nichtw.	-7.000	-3.000	2.000	-16.000	-69.000	-14.000	-1.000	

Quelle: Infratest dimap / www.tagesschau.de

V.2. Wer wählte wen?

Tabelle: Sozio-demographische Merkmale bei der AGH-Wahl 2016 (Infratest dimap)

	SPD	CDU	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
Wähler/-innen nach Geschlecht						
Männer	20	17	13	16	8	18
Frauen	23	18	17	16	6	11
Wähler/-innen nach Erstwähler/-innen und Kurzentzschlossenen Wähler/-innen						
Erstwähler/-innen	20	13	18	16	6	7
Kurzentzschlossene	23	15	17	14	8	11
Wähler/-innen nach Bildungsstand						
Einfache Bildung	25	25	4	12	4	22
Hohe Bildung	21	16	20	17	8	9

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Sozio-demographische Merkmale bei der AGH-Wahl 2011 (FGW)

	SPD	CDU	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD
Wähler/-innen nach Geschlecht						
Männer	20	17	14	16	7	17
Frauen	23	19	17	15	6	11
Wähler/-innen nach Altersgruppen						
unter 30 Jahre	20	14	19	17	5	8
30-44 Jahre	19	16	21	15	6	12
45-59 Jahre	20	17	16	15	7	17
über 60 Jahre	26	21	8	16	8	16
Wähler/-innen nach Tätigkeiten						
Arbeiter	22	16	6	16	4	25
Angestellte	23	18	16	16	6	12
Beamte	22	27	16	9	7	16
Selbständige	15	16	22	18	11	12

Wähler/-innen nach Bildung						
Hauptschulabschluss	26	21	6	12	8	18
mittlere Reife	22	20	7	13	7	21
Abitur	22	16	17	17	6	11
Hochschulabschluss	20	16	24	19	7	7

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

WAHLNACHTBERICHTE / DIE AUTOREN / VORBEHALT

Zu den »Wahl Nachtberichten«

Die »Wahl Nachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 in loser Folge zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Beide Autoren geben in den »Wahl Nachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.

Die »Wahl Nachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Ältere Ausgaben der Wahl Nachtberichte sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/-innenschaft sowie dem Parteiensystem finden sich u.a. hier:

- <http://www.benjamin-hoff.de>
- <http://www.horst-kahrs.de>
- <http://www.rosalux.de/wahlanalysen>

Zu den Autoren

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler, Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin und Fellow der Sussex School for the Study of Corruption. Er lebt in Erfurt und ist dort Chef der Staatskanzlei.

Alexander Fischer ist Historiker und Publizist. Er lebt in Berlin und arbeitet als Referatsleiter in der Thüringer Landesvertretung beim Bund. Von 2014-2015 war er Regierungssprecher in Thüringen.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahl Nacht vom 18./19. September 2016 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *